

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingewerbeindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Die Eingabe der Spitzenverbände der freien Gewerkschaften zur Förderung der Bauwirtschaft und der Deutsche Baugewerksbund.

Ende Oktober 1929 wurde in einer gemeinsamen Pressekonferenz des Deutschen Städtetages, der Interessenvertretung der größeren deutschen Städte, und des Deutschen Giroverbandes, der Interessenvertretung der deutschen Sparkassen, mitgeteilt, die Finanznot zwingt die Gemeinden, die Bauaufträge im kommenden Jahr einzustellen. Diese Verlautbarung kam ganz überraschend. Zwar war es seit langem offenes Geheimnis, daß mehr als eine Stadt sehr zu würgen hatte, um ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, und daß Fälle wie Glashütte, in denen über eine Gemeinde der Konkurs verhängt wurde, nicht vereinzelt geblieben wären, wenn die Geldgeber mit aller Schärfe vorgegangen wären. Aber daß versucht werden würde, im wahrsten Sinne des Wortes über Nacht eine Vereinigung der Verhältnisse zu erzwingen — an diese Möglichkeit hatte kein Mensch gedacht und konnte auch kein Mensch denken!

Es bedarf keiner weilkäufigen Ausführungen, daß der Beschluß des Städtetages und der Girozentrale, dem sich mittlerweile auch der Reichsstädtebund, die Interessenvertretung der kleineren Städte, angeschlossen hat, übereilt ist. Man ist von einem Extrem ins andere gefallen, von einer recht großen Freude im Bewilligen in eine — wenn man den Beschluß wirklich nehmen will — noch größere Freude im Ablehnen.

Die Gefahren, die hieraus der Bauarbeiterschaft drohen, sind für uns Anlaß gewesen, eingehende Untersuchungen mit dem Ziel anzustellen, der Bauaufträge neue Geldquellen zu erschließen. Es ist unserer Bundesleitung in der Tat gelungen, solche Ausgleichsmöglichkeiten zu finden und darauf ein Programm aufzubauen, das einen nahezu vollkommenen Ausgleich für den Ausfall der städtischen Aufträge im nächsten Jahre vorsah. Dieses Programm erfuhr bei der endgültigen Formulierung im AOB. leider einige Veränderungen. Die am 21. Dezember 1929 der Öffentlichkeit übergebene Eingabe der Spitzenverbände der freien Gewerkschaften an den Reichsarbeitsminister hat folgenden Wortlaut:

Das deutsche Volk steht seit mehr als einem Jahrzehnt unter dem Druck verschärfter Wohnungsnot. Zurzeit beläuft sich der Fehlbestand an Wohnungen auf mehr als eine Million. Zwar sind in den letzten Jahren erfolgreiche Ansätze zur Verringerung des Defizits zu verzeichnen. Aber das Absinken der Konjunktur, die Verringerung des ausländischen Kapitalzuflusses sowie die augenblicklichen Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Körperschaften drohen den Umfang des Wohnungsneubaus wieder empfindlich einzuschränken.

Diese Tatsachen beeinträchtigen auch den Bau industrieller Anlagen.

Die Anspannung der öffentlichen Finanzen führt schließlich zur Verminderung der Bauaufträge von Behörden. Das Sparprogramm des Deutschen Städtetages, dem sich der Reichsstädtebund angeschlossen hat, läßt die Gefahren erkennen, die dem Bauministerium im nächsten Jahre auch von hier aus drohen.

Die Abschwächung, die bereits in diesem Jahre im Vergleich zum Vorjahr stattgefunden hat, ist unverkennbar. Sie drückt sich am deutlichsten im Beschäftigungsgrad der Bauarbeiter aus. In keinem einzigen Monat des laufenden Jahres hat die Beschäftigung der Bauarbeiterschaft den Stand des Vorjahres auch nur annähernd erreicht; in den letzten Monaten ist die Arbeitslosigkeit bis fast auf das Doppelte des Vorjahres gestiegen.

Die Bauindustrie ist ein Grundpfeiler der Gesamtwirtschaft. Nach der Statistik der Berufsgenossenschaften zählte sie im Jahre 1928 mehr als 2 Millionen Beschäftigte. Ihre Jahresleistung wird auf 9 Milliarden Reichsmark veranschlagt. Nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung beruhte die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber den Abschwächungstendenzen der letzten Zeit außer auf der günstigen Gestaltung der Aus-

fuhr nur auf der verhältnismäßig günstigen Verfassung des Bauministeriums. Jede Einschränkung der Bauaufträge muß sich also in der gesamten Wirtschaft besonders schwer fühlbar machen. Daraus ergibt sich, daß die Bauaufträge mit allen Mitteln gefördert werden muß.

Die Aussichten des Bauministeriums im nächsten Jahre sind infolge der Schwierigkeiten, die der Beschaffung langfristigen Baukapitals entgegenstehen, sehr trübe. Diese Schwierigkeiten bestehen zwar schon seit einiger Zeit, sind aber bisher noch nicht voll zur Auswirkung gelangt. Die Bauaufträge konnten in diesem Jahre noch auf einem verhältnismäßig günstigen Stande gehalten

Zum neuen Jahr!

Die Zeit ist ewig gleich und weifenlos;
Jedoch der Mensch in seinem eifigen Streben
Ringt um Probleme, schwer und riesengroß,
Und sucht der Zeit das Richtungsmaß zu geben!

So ringt er in der Zeit. Was er vollbringt,
Das nennt er Weltgeschichte, nennt er Zeit;
Und dabei glaubt er, das, was er erzwingt,
Sei Ruhm und Heil für alle Ewigkeit!

Ihr eifigen Toren! Jahr um Jahr vergeht —
Auch diesen Zeitabschnitt habt ihr erfunden —
Und an die Zeit, die niemals stille steht,
Die ewig gleich, seid knechtisch ihr gebunden!

Geschlechter gehen und Geschlechter kommen
Im Labyrinth der weifenlosen Zeit;
Und euer Streben wird erst dann euch frommen,
Wenn ihr von Ruhm und Herrschsucht euch befreit!

Strebt für das Ganze! Gebt dem Menschentum
Den wahren Sinn, gebt Inhalt ihm und Leben!
Erst dann wird euer Streben Menschheitsruhm.
Erst dann wird euer Tun die Menschheit heben!

Dies ist mein schlichter Wunsch zum neuen Jahr!
Und daß der Wunsch Tat und Erfüllung werde:
Kämpft, Brüder, einig und verstandesklar
Für wahres Menschentum auf dieser Erde!

Taeßs.

werden, weil ihre Finanzierung z. T. auf Zusagen beruhte, die aus dem Vorjahre und den Anfangsmonaten dieses Jahres stammten. Der Ausfall, der seit einigen Monaten in dem Einlagenzuwachs bei den Sparkassen und in dem Eingang neuer Mittel bei den Realreditinstituten eingetreten ist wird erst in Zukunft voll zur Auswirkung kommen. Auch bei den Landesversicherungsanstalten wird sich die Schwierigkeit, Neuausleihungen in dem gewohnten Ausmaß vorzunehmen, erst im kommenden Jahre voll bemerkbar machen. Im laufenden Jahre konnten sie trotz der ihnen vom Reich aufgenötigten 164-Millionen-Anleihe die Bauaufträge noch recht gut fördern, weil die im Vorjahr zugesagten Beträge zum großen Teil erst in diesem Jahre in Anspruch genommen wurden. Der Rückgang der Bauaufträge droht also viel schroffer zu werden, als aus dem bloßen Vergleich der für die Bauaufträge maßgebenden Zahlen anzunehmen ist.

Wir haben unsere Forderungen zur Bau- und Wohnungswirtschaft in programmatischen Richtlinien wiederholt dargelegt. Es sei auf unsere Denkschriften vom November 1926 und Januar 1928 verwiesen.

Die bedrohliche Lage des gesamten Bauministeriums zwingt uns aber, darüber hinaus Vorschläge zu machen, die uns geeignet erscheinen, die für das nächste Jahr zu erwartende weitere Zuspitzung der Verhältnisse zu verhüten.

I. Die Bauaufträge werden gegenwärtig besonders durch die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von ersten Hypotheken gehemmt.

Alle für die Vergabe von ersten Hypotheken in Betracht kommenden Institute sollten daher angehalten werden, ihr Hauptaugenmerk auf die Bereitstellung von Baukapital zu richten.

Im einzelnen machen wir folgende Vorschläge:

1. a) Die Norm für Hypothekenausleihungen der Sparkassen beträgt zurzeit 40 Prozent des Spareinlagenbestandes. Diese Norm ist bereits im Vorjahr überschritten worden, ohne daß die Liquidität der Sparkassen beeinträchtigt worden wäre. Die Ausleihungsgrenze kann daher ohne weiteres erhöht werden.
- b) Solange die angespannte Situation auf dem Bauministerium anhält, sollten die Sparkassen einen noch größeren Teil ihres Einlagenzuwachses für den Neubau von Wohnungen verwenden.
- c) Die Sparkassen, die in ihrem eigenen Bezirk nicht genügende Anleihemöglichkeiten im vorerwähnten Sinne haben, sollten ihre überschüssigen Mittel durch Vermittlung der Girozentralen an Orten mit besonders großem Hypothekenbedarf zur Verfügung stellen.
2. a) Eine stärkere Heranziehung einzelner Sozialversicherungsanstalten zur Finanzierung des Wohnungsbaues erscheint möglich. Bei der besonders schwierigen Lage des Bauministeriums sollten die Ueberschüsse im kommenden Jahre weitestgehend im Wohnungsbau investiert werden.
- b) Es ist bedauerlich, daß das Reich der Invalidenversicherung im Rechnungsjahr 1929 die ihr zukommenden Zuschüsse z. T. in schwer veräußerlichen Schuldscheinen geleistet hat. Wegen einer Wiederholung dieses Vorgehens müßten wir entschieden Verwahrung einlegen.
3. a) Die Privatversicherungsanstalten, auch diejenigen des öffentlichen Rechts, müssen zur Finanzierung des Wohnungsbaues verpflichtet werden. In Anlehnung an die Denkschrift des AOB-Bundes zur Reform des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen fordern wir vom Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung den Erlaß von Vorschriften, die eine Verpflichtung zur Finanzierung des Wohnungsbaues durch Vermehrung der Anlagen in ersten Hypotheken und Pfandbriefen bis zu einer bestimmten Grenze auferlegen.
- b) Um diesen Anstalten eine gewisse Vielfältigkeit der Anlagemöglichkeiten zu gewähren, ist dabei auf die Förderung des ländlichen Wohnungsbaues und der industriellen Umsiedelung hinzuweisen.

II. Die Wohnungsbauaufträge leiden auch in hohem Maße an der Unsicherheit der Baufinanzierung durch die öffentliche Hand. Sie würde wesentlich gemildert, wenn die seit langem von uns erhobene Forderung nach Aufstellung eines langfristigen Bauprogramms durch gesichertes Weiterfließen der Hauszinssteuer gestützt würde.

Wir fordern deshalb:

- a) Die Hauszinssteuer oder eine etwa an ihre Stelle tretende Gebäudeverschuldungssteuer muß für mindestens 10 Jahre sichergestellt werden.
- b) Aus der Hauszinssteuer (Gebäudeverschuldungssteuer) müssen höhere Beträge als bisher dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.
- c) Die Erträge und Rückflüsse aus Hauszinssteuerhypotheken sind restlos dem Wohnungsbau zuzuführen. Eine Verwendung dieser Beträge für Verwaltungszwecke widerspricht dem Sinne der Steuer.

III. Die seit langem erhobenen Forderungen und die jetzt einsehenden Bestrebungen der Reichsregierung, bei der Vergabung von Bauaufträgen der öffentlichen Hand saison- und konjunkturausgleichend zu wirken, sind für den Bauministerium von besonders großer Bedeutung. Diese Aufgabe der öffentlichen Hand wäre vielleicht erfolgreicher durchzuführen, wenn der Beginn des Haushaltsjahres der öffentlichen Körperschaften verlegt würde. Es ist deshalb in Erwägung zu ziehen, ob eine Verlegung auf den 1. Juli zweckmäßig wäre. Sie hätte zur Folge, daß die ersten Bauträger für öffentliche Bauten in den Herbstmonaten zur Verfügung stehen, also in einem Zeitpunkt, in dem die Bauaufträge zurückgehen pflegt. Das Ende des öffentlichen Baujahres würde dagegen in eine Zeit fallen, in der die sonstige Bauaufträge sich bereits belebt hat.

Die Befolgung der vorstehenden Gesichtspunkte ist unserer Ansicht nach geeignet, den drohenden Rückgang der Bauaufträge im kommenden Frühjahr zu mildern.

Es muß jedenfalls mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der deutsche Kapitalmarkt, besonders bei der augenblicklich beengten finanziellen Lage der öffentlichen Körperschaften, zur Finanzierung der Bauvorhaben nicht ausreichen wird.

Deshalb legen wir nach wie vor den größten Nachdruck auf die Forderung, daß die Aufnahme von Auslandskrediten zur Ergänzung des inländischen Kapitalmarktes nicht erschwert, sondern im Gegenteil gefördert wird.

Jeder Unvoreingenommene wird anerkennen müssen, daß die Denkschrift in Form und Inhalt überaus maßvoll ist und sich damit vorteilhaft von den „Denkschriften“ abhebt, mit denen die Öffentlichkeit seit einiger Zeit von der Schwerindustrie bombardiert wird; in das gleiche Kapitel gehören auch die übertriebenen Programmforderungen der Landbändler. Doch sprechen wir zu der hier in Frage stehenden Eingabe. Gewiß verbietet das staatspolitische Interesse und die Verantwortung, die die Gewerkschaften in ihrer Eigenschaft als Träger des Staatswohls haben, in billige Effekthascherei und demagogische Phrasen zu verfallen. Aber in Anbetracht der Rücksichtslosigkeit, mit der man alle Schwierigkeiten auf einen Beruf (und nicht zuletzt auf die Wohnungslosen) abwälzen will, wäre vielleicht doch zu erwägen gewesen, ob man nicht eine schärfere Sprache hätte führen sollen. Und dies um so mehr, als sich unserer Ueberzeugung nach mehr machen läßt und die Dinge in Wirklichkeit nicht entfernt so schlimm liegen, wie man die Öffentlichkeit gern glauben machen will. Leider sind unsere von Anfang an sehr maßvollen und vertretbaren Forderungen nicht auf volles Verständnis gestoßen, so daß die Eingabe an den Reichsarbeitsminister eine unvollständige Wiedergabe dessen darstellte, was der Baugewerksbund gefordert hatte. An Änderungen, die unsere Denkschrift während ihrer Beratung im Vorstand des DGB. und des Afl-Bundes durchgemacht hat, sind besonders hervorzuheben:

1. Daß das Gegenprogramm, das unsere Bundesleitung dem Einschränkungsprogramm der Städte entgegengesetzt hatte, zum Teil aufgegeben wurde; durch das so bedingte Fortfallen unserer Berechnungen kann der Widerhall in der Öffentlichkeit nicht die von uns erwartete Stärke erreichen.

2. Daß die beiden weitaus wichtigsten Wege, die unsere Bundesleitung für die Gewinnung von zusätzlichem Bankkapital gewiesen hat, zu leise angesprochen wurden.

3. Daß ein eingehend durchgearbeitetes 10-Jahres-Programm, das unsere Bundesleitung zwecks Vermeidung einer Wiederholung der jüngsten Vorkommnisse ausgearbeitet hatte, in der Eingabe fehlt.

Das Einschränkungsprogramm des Deutschen Städtefages ist im wesentlichen unter dem Druck der Deutschen Girozentrale zustande gekommen. Die Deutsche Girozentrale, die Dachgesellschaft der deutschen Sparkassen, hat in ihrer Eigenschaft als Vertreterin des Deutschen Kommunalkredits ein Interesse daran, das Ansehen des städtischen Kredits zu erhalten. Aus diesem Grunde hat ihr Präsident, Geheimrat Kleiner, bereits seit langem darauf hingearbeitet, daß die Städte in ihrer Finanzpolitik mit größerer Vorsicht verfahren. Bei den Schwierigkeiten, die sich der Versorgung der Städte mit langfristigen Kapital entgegenstellen, lief diese Einstellung praktisch auf den Rat hinaus, bei Bewilligung von Ausgaben für werbende Zwecke nicht zu großzügig zu sein. Bekanntlich ist diesem in seinem Kern gesunden Gesichtspunkt nicht genügend Rechnung getragen worden; trotz der Klemme, in der sich der Kapitalmarkt befand, haben Städte in falscher Einschätzung des Kapitalmarktes mit Bauten begonnen, deren endgültige Finanzierung nicht gesichert war. Die Mittel für die Zwischenfinanzierung wurden wie üblich in der Regel von Sparkassen, in geringem Umfang auch von Privatinstanzen vorgeschossen. Die Folge war, daß diese Zwischenkredite einfroren. Auf diese Weise ist ein übermäßig großer Teil der Einzahlungen, die in diesem Jahre bei den Sparkassen auf Sparkonto gemacht wurden, fest angelegt worden. Wenn auch unter Berücksichtigung der Umstände, unter denen die Spartätigkeit derzeit vor sich geht, nicht gut angenommen werden kann, daß sich hieraus Folgen für die Sparkassen ergeben können, ist die Möglichkeit, daß solche Folgen später einmal eintreten, wenn sich Vorkommnisse wie in diesem Jahre wiederholen, nicht von der Hand zu weisen. Dieser Möglichkeit soll vorgebeugt werden, indem den Städten jetzt gezeigt wird, daß sie auf unbegrenzte Kreditversorgung durch die Sparkassen nicht mehr rechnen dürfen.

Kein Mensch wird bezweifeln, daß diese kreditpolitischen Gesichtspunkte richtig sind. Kein Mensch wird auch die Leistung der Deutschen Girozentrale oder des Deutschen Städtefages verdächtigen können, daß sie dem Privatkapital bei der Knebelung des Kommunalkredits Vorstoß leisten. Ganz im Gegenteil muß man

beiden Stellen sogar rückhaltlos bestätigen, daß sie stets für die Hebung des Kommunalkredits eingetreten sind und auch nicht müde wurden, ihm neue Wege zu eröffnen. Es sei nur an die Sammelanleihe erinnert, die die Girozentrale im Ausland aufgenommen hat, um auch kleinere Gemeinden in den Genuß verhältnismäßig billigen Auslandskredits zu setzen. Erinnert sei ferner an den Plan, die Aufnahme kleiner Inlandsanleihen durch kleinere Gemeinden mit ihren ungünstigen Bedingungen zugunsten größerer Sammelanleihen, die an sich unter günstigeren Bedingungen gegeben werden und deren Bedingungen noch dadurch verbessert werden können, daß man den für die Ausgabe günstigsten Zeitpunkt abwartet, zu unterbinden. Erinnert sei schließlich an den Kampf, den Präsident Kleiner seit langem gegen die Auslandsanleihepolitik des Reichsbankpräsidenten Schacht führt; Dr. Kleiner will die Anleiheberatungsstelle des Reiches durch eine private gemeinsame Kontrollstelle von Städtetag und Girozentrale ersetzt wissen.

Die Kleinerchen Projekte laufen auf nicht mehr und nicht weniger hinaus als auf die Zentralisierung der gesamten gemeindlichen Finanzpolitik. Diese Bestrebungen sind in vieler Beziehung durchaus zu begrüßen; es ist gewiß gut, daß die ohnehin in Gang befindliche Tendenz zur Konzentration im städtischen Finanzwesen bewußt von der dafür geeignetsten Stelle gefördert wird und damit etwaige Absichten der Reichsbank, sich nach dem Reich, den Ländern und den großen Reichsbetrieben auch die Gemeinden untertan zu machen, rechtzeitig durchkreuzt werden. Aber es ist nicht zu leugnen, daß diese Bestrebungen den Keim zur



Diktatur über die Gemeindefinanzen in sich fragen. Sollte es tatsächlich dazu kommen, so wäre uns aber jedenfalls lieber, daß diese Diktatur von dem Institut ausgeübt wird, das mit den Kreditbedürfnissen der Gemeinden am besten vertraut ist, als von der Reichsbank, die von ihnen nur verhältnismäßig wenig versteht und sie vermeintlichen und geldpolitischen Notwendigkeiten unterordnen würde. Und vor allem: Dr. Kleiner wäre uns jedenfalls ein sympathischerer Machthaber als Dr. Schacht.

Man wird uns also nicht nachsagen können, wir brähen für die Aktion von Städtetag und Girozentrale kein Verständnis auf. Wenn wir uns trotz allen Verständnisses doch nicht mit ihr befreunden können, so sind dafür andere Gründe maßgebend. Wogegen wir uns wenden, ist nicht die Tatsache, daß eine Einschränkung im nächstjährigen Bauprogramm überhaupt vorgenommen wird, sondern ihr geplantes Ausmaß. Es ist nicht einzusehen, warum die eingefrorenen Kredite der Sparkassen mit Hilfe des Einlagenwachses eines einzigen Jahres in langfristige Anleihen oder Darlehen umgewandelt werden sollen. Unseres Dafürhaltens ist es ohne Schädigung der Beteiligten sehr wohl möglich, die an sich durchaus notwendige Umwandlung im Laufe von zwei Jahren vorzunehmen. Eine solche Streckung rechtfertigt sich um so mehr, als die Gesamthöhe der umwandlungsreifen Schuld durchaus nicht erschreckend hoch ist. Ende Oktober wurde die Höhe der kurzfristigen Verschuldung mit 1,65 Milliarden Reichsmark angegeben. Selbstverständlich kommt — was bisher von der gesamten Presse übersehen wurde — nur ein Teil dieses Betrages für die Umwandlung in langfristige Schulden in Frage, denn die Städte haben dauernd viele Hunderte von Millionen Schulden bei den Sparkassen. Es fragt sich nur, wie hoch die Summe des normalen Schuldenstandes zu taxieren ist. Als die Öffentlichkeit kamen, hieß es, daß die Sparkassen im nächsten Jahre etwa 900 Millionen schwebender Schulden in Anleihen oder Darlehen umwandeln sollten; man konnte damals mangels besserer Unterlagen also annehmen, daß von den 1,65 Milliarden rund 750 Millionen nicht umwandlungsreife und 900 Millionen umwandlungsreife Schulden seien. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Dinge viel günstiger liegen, als man seinerzeit annehmen konnte. Nach authentischen, uns gemachten Mitteilungen beziffert sich die umwandlungsreife Schuld nur auf 450 bis 500 Millionen Reichsmark.

Hieraus ergibt sich, daß die Einschränkungen in der Auftragsvergebung nicht unbedingt den ursprünglich der Öffentlichkeit genannten Betrag von 900 Mil-

lionen erreichen müssen, sondern daß es genügt, wenn sie etwas mehr als die Hälfte, etwa 500 Millionen, ausmachen. Das ist ungefähr die Summe, die in unserem Gegenprogramm für das nächste Jahr zur Umschuldung in Vorschlag gebracht wurde und durch Ueberleitung neuer Kapitalbeträge auf den Bauprogramm gerade noch ausgeglichen werden könnte. Es fragt sich nun, ob wir uns in Anbetracht dessen, daß die gesamte umwandlungsreife Schuld in Wirklichkeit nur auf die Hälfte des von uns ursprünglich geschätzten Betrages erreicht und damit beinahe mit dem von uns für das nächste Jahr zur Umschuldung vorgeschlagenen Betrag zusammenfällt, mit der Streckung unserer Forderung nach Streckung der Umschuldung — was immer gleichbedeutend ist mit Streckung der Einschränkung bei der Auftragsvergebung — auf zwei Jahre zufrieden geben können. Wir können es nicht, und wir haben auch keinen Anlaß dazu; denn die Tatsache, daß die gesamte umwandlungsreife Schuld und die von uns für das nächste Jahr zur Umwandlung vorgeschlagene Schuld zufälligerweise zusammenfallen, hat mit unserer Forderung, das Einschränkungsprogramm auf zwei Jahre zu erstrecken, nichts zu tun. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß nicht so sehr die Höhe als die Ungerichtigkeit über das Schicksal der festgefrorenen Kredite der Kern des Problems ist, und daß dementsprechend nicht das Tempo ihrer Abwicklung, sondern die Gewisheit, daß die Abwicklung überhaupt ordnungsgemäß geschieht, die eigentliche Lösung des Problems bildet. Es handelt sich ja nicht um die Lösung eines Rechenezempels, sondern um die Wiederherstellung des Kredits, und dabei spielen psychologische Faktoren nun einmal die Hauptrolle. Im übrigen ist die kassentechnische Seite der Angelegenheit im vorliegenden Fall von recht untergeordneter Bedeutung, denn die eingefrorenen Kredite sollen gar nicht zurückgezahlt, sondern nur — nach Maßgabe des Zuwachses auf Spareinlagenkonto — von kurzfristigen auf langfristige Konten umgebucht werden. Und schließlich — was vielleicht das wichtigste ist — geht das Ganze innerhalb eines festgefügtten Wirtschaftskreises vor sich, der nach den bisherigen Erfahrungen für Störungsversuche von außen her nahezu unempfindlich ist; es darf festgestellt werden, daß erfreulicherweise nicht einmal die derzeit von der Unternehmenseite erzeugte Panikstimmung das Vertrauen der Sparer zu den Sparkassen erschüttert hat.

Noch ein weiterer Umstand bestimmt uns, an der Forderung nach Streckung des Einschränkungsprogramms auf zwei Jahre festzuhalten: die Tatsache, daß heute noch kein Mensch übersehen kann, wie sich die Spartätigkeit bei den Sparkassen im nächsten Jahr gestalten wird. Man rechnet mit einem Zuwachs von 1800 Millionen Mark und hat, von dieser Schätzung ausgehend, das Einschränkungs- und Umschuldungsprogramm aufgemacht. Wird diese Summe aber erreicht werden? In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 1728 Mill. Mk. Zuwachs erzielt gegenüber 2092 Mill. Mk. im Vorjahr, so daß ein Rückgang von 364 Mill. Mk. zu verzeichnen ist. Der wirkliche Rückgang ist aber noch größer; er beträgt 407 Mill. Mk. Er wird kenntlich, wenn man von dem Gesamtzuwachs abzieht, was durch Aufwertung an Guthaben entstanden und auf Sparkonto belassen worden ist, und dieser Teil des Zuwachses war in diesem Jahr um (407—364) = 43 Mill. Mk. größer als im Vorjahr. Wie weit der Zuwachs noch im nächsten Jahr aus dieser Quelle gespeist wird, muß offen bleiben; man tut jedenfalls gut, mit ihrem weiteren Fließen nicht zu rechnen und, um vergleichsfähige Zahlen zu bekommen, in Abzug zu bringen, was aus ihr in diesem und im vorigen Jahr auf Sparkonto geflossen ist. Die so bereinigten Zahlen für die ersten zehn Monate lauten dann auf 1987 (1928) und 1580 (1929) Millionen Mark. Danach werden wir im Jahre 1929 unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in dem Zuwachs gegen Jahresende eine saisonmäßige Belebung einzutreten pflegt, die 1800 Mill. Mk. wahrscheinlich gerade noch erreichen. Vergleichen wir die tatsächliche Gestaltung der Wirtschaft in dem jetzt abgelaufenen Jahr mit den Zukunftsaussichten, so kommen wir zu dem Schluß, daß eine weitere Abschwächung zu erwarten ist, die an den Sparkassen natürlich nicht spurlos vorübergehen kann. Den nächstjährigen Zuwachs auf 1800 Mill. Mk. zu schätzen, erscheint uns also allzu optimistisch; hält die derzeitige Entwicklung an, so dürfte er die 1,5 Milliarden Mark nicht wesentlich überschreiten.

Welche Aufgaben harren dieser Summe? Erstens die Umwandlung der umwandlungsreifen Schuld, zweitens die Gewährung neuer Kommunalanleihen in beschränktem Ausmaß — ihre völlige Sperrung ist praktisch ganz unmöglich —, drittens die Finanzierung des Wohnungsbaues, viertens die Gewährung sonstigen Realkredits. Nimmt man an, daß vom Zuwachs im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 75% langfristig anlegbar sind, so stehen im nächsten Jahr insgesamt nur

etwa 1125 Mill. Mk. zur Verfügung. Soll hiervon die gesamte umwandlungsreife Schuld in Höhe von 500 Mill. Mk. konsolidiert werden, so blieben für Wohnungsbau, städtische Neuanlagen und sonstige Hypothekenausleihungen zusammen nur 625 Mill. Mk. übrig! Wie man damit auskommen will, ist rätselhaft, selbst wenn, wie wir fordern, die Beleihung von Grundbesitz zugunsten der Wohnungsbaufinanzierung ganz eingestellt wird, und selbst wenn weiterhin, wie das Einschränkungsprogramm vorsieht, zusätzlicher Kommunalkredit überhaupt nicht gegeben wird. Die 625 Mill. Mk. reichen nicht einmal zur Deckung des Bedarfs an erstfälligen Wohnungsbauhypotheken aus. 1927 wandten die Sparkassen für diesen Zweck 600 Mill. Mk., 1928 750 Mill. Mk. auf, und im Jahre 1929 werden es kaum weniger sein. Was soll da werden? Stellt man weiterhin in Rechnung, daß der Ausfall der Realkreditinstitute und der Landesversicherungsanstalten auf dem Hypothekenmarkt erst 1930 voll fühlbar sein wird, so kommt man zu dem niederschmetternden Ergebnis, daß mehr Hauszinssteuerhypotheken als erstfällige Hypotheken verfügbar sein werden und daher sogar die volle Ausnutzung der Hauszinssteuer-mittel in Frage gestellt ist.

Aus dieser Hoffnungslosigkeit gibt es keinen anderen Ausweg als die Streckung des Einschränkungsprogramms auf zwei Jahre. Dann stehen dem Wohnungsbau bis zu 875 Mill. Mk. zur Verfügung, ein Betrag, der den Sparkassen erlaubt, ihre bisherige Finanzierungstätigkeit aufrechtzuerhalten und sie überdies instandsetzt, den Ausfall an Bank- und Sozialkassenhypotheken um etwa 100 Mill. Mk. auszugleichen — sofern dieser Betrag nicht den Städten für Neuanlagen zur Verfügung gestellt wird. Nur unter der Voraussetzung, daß das Einschränkungsprogramm der Städte gestreckt wird, hat es ferner überhaupt Sinn, die Forderung auf Hinaufführung der Ausleihungsquote von 40% des Einlagebestandes, die den Sparkassen gegenwärtig gezogen ist, zu stellen. Andernfalls würde sie nämlich bestenfalls gerade erreicht werden können.

Sehr wesentlich und aus dem Programm nicht fortzudenken ist die Forderung, die Sozialversicherungsaufgaben stärker als bisher zur Förderung der Bauwirtschaft insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungsbaues heranzuziehen. Gemeint ist hiermit — wir hatten es in unserem Entwurf deutlich ausgesprochen — die Angestelltenversicherung; von den Landesversicherungsanstalten ist in allgemein billiger Weise nicht mehr zu verlangen, als sie jetzt schon tun — sie geben bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Die Angestelltenversicherung tut das aber nicht. Sie treibt ein weder unter volks- noch unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu rechtfertigendes Hypothekengeschäft, da sie auch das landwirtschaftliche und sogar das industrielle Grundkreditgeschäft pflegt, das bekanntlich sogar den Hypothekenbanken zu riskant ist. Sie treibt — darüber hinaus — eine ganz verfehlte Anlagepolitik (von der das Hypothekengeschäft ja nur einen Teil bildet). Ein Institut, das nach

Privatkapitalistische Gesellschaftsbildung im Baugewerbe.

Unter diesem Titel hat der Bundesvorstand eine Schrift herausgegeben, die im wesentlichen

Entstehen und Werden der großkapitalistischen baugewerblichen Unternehmungsformen

schildert. Das Buch liefert den Gegenbeweis für die Behauptung der Unternehmer, daß die Forderungen der Gewerkschaften nach besseren Arbeitsbedingungen die Betriebe unrentabel machen. Für die

Aufklärungs- und Werbearbeit

enthält es erfolgreich zu verwendende Unterlagen. Das Buch kann von Bundesmitgliedern, fauber in Leinen gebunden, für 3.— Mk. bezogen werden. Im Buchhandel kostet es 6.— Mk.

Die Baugewerkschaftsvorstände

sammeln die Bestellungen ihrer Mitglieder und senden sie dem Bundesvorstand ein.

Bundesmitglieder! Erwerbt das Buch!

dem Kapitaldeckungsverfahren arbeitet, das also jährlich weit mehr vereinnahmt als verausgabt (1928 dreimal so viel!) und den Einnahmeüberschuß zinstragend anlegt, um auf die Dauer aus den Zinserträgen die Ausgaben bestreiten zu können, hat es nicht nötig, flüchtig zu sein, braucht aber jedenfalls nicht mehr als einen Kassenbestand von einigen Millionen an flüssigen Mitteln zu unterhalten. Diese Erkenntnis beginnt sich denn auch allmählich im Direktorium Bahn zu brechen. Während 1928 nur 100 Mill. Mk. von 271 Mill. Mk. Vermögenszuwachs im Wohnungsbau angelegt wurden, sollen es in diesem Jahre über 70 Mill. Mk. mehr sein. Aber auch das genügt noch nicht. Wir müssen verlangen, daß im nächsten Jahre der gesamte Vermögenszuwachs dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Die Angestelltenversicherung selbst beziffert ihn auf 277 Mill. Mk.; hier sind also noch mindestens — denn die Schätzung des Vermögenszuwachses pflegt immer überholt zu werden! — weitere hundert Millionen nutzbar zu machen.

Auf die sonstigen Vorschläge, die wir gemacht hatten, insbesondere den Markt des erstfälligen Hypothekarkredits zu stabilisieren, können wir leider nicht mehr eingehen. Für den Augenblick genügt es uns auch, wenn unsere sonstigen Forderungen beachtet und erfüllt werden. Wir wissen, daß wir mit ihnen gangbare Wege gewiesen haben, um den drohenden Verfall des Baumarktes zu verhindern. Man scheint nicht genau zu erkennen, worum es geht. Die Einschränkung der Bauwirtschaft bedeutet Verewigung der Wirtschaftskrise und des Wohnungselends. Und da sollte alles getan werden, um einem solchen Verhängnis entgegenzuarbeiten!

Sklarek heißt, im andern Fall einen bis zum Ausbruch eines Skandals in der Geschäftswelt sehr geachteten Namen führen mag. Man könnte sich eine Korruption größeren Umfangs kaum vorstellen, wenn nicht private Unternehmer da wären, die ein Profitinteresse an der Bestechung haben.

Eine andere Form der verhäulften Korruption in der öffentlichen Wirtschaft kommt dadurch zustande, daß in den Verwaltungsorganen der öffentlichen Wirtschaft sehr häufig Vertreter der privaten Wirtschaft sitzen, die dort nicht das allgemeine volkswirtschaftliche, sondern ihr Sonderinteresse im engeren oder weiteren Sinne betreiben. Sie sind häufig in der Lage, Bestellungen zu erwirken, die im Augenblick überflüssig oder zu teuer sind, oder solche, die sie selbst und die mit ihnen befreundeten Firmen bevorzugen. Wenn es sich um öffentliche Banken handelt, so werden an Firmen, die im Aufsichtsrat der öffentlichen Banken sitzen, oder mit ihnen befreundet sind, Kredite gewährt, häufig in einem Umfang, der sonst unter keinen Umständen verantwortet werden könnte. Wie oft hörten wir beispielsweise berechnigte Klagen in bezug auf die Bestellungen der Reichsbahn, in deren Verwaltung Großunternehmer sitzen. Erst in den letzten Tagen wurden große Verluste der Württemberger Landesbank, einer öffentlichen Bank, bekannt, die davon herrührten, daß die Bank gewaltige Kredite, etwa ein Drittel ihrer sämtlichen Ausleihungen, an eine einzige Firma gab, die im Aufsichtsrat einen großen Einfluß hatte. In Wirklichkeit handelt es sich auch in diesem Falle um eine Korruption, ohne daß jemand mit Geld bestochen werden müßte (im Gegenteil erhalten noch die privatkapitalistischen Aufsichtsräte hohe Anteile von der öffentlichen Hand!). Es verschlägt nichts, daß jene Fälle von einer kapitalistisch beeinflussten Öffentlichkeit gewöhnlich nicht als Korruption angesehen werden, oder nur dann, wenn es zum Zusammenbruch kommt. So liegt auch hier eine Quelle der Korruption der öffentlichen Wirtschaft vor, die vom privaten Kapital genährt wird.

Es lohnt sich aber auch in die Werkstätten des privaten Kapitals einen Blick zu werfen. Wie es dort um die Korruption bestellt ist? Man kann ohne Ueber-treibung sagen, daß dort die Korruption in den mannigfaltigsten Formen auf der Tagesordnung steht. Angefangen von den geldlichen Bestechungen der Geschäftsleiter oder Direktoren, die, um Bestellungen zu vergeben, von Lieferantensfirmen Zuwendungen erhalten, bis zu den höchst vornehmen Formen der Bestechung. Eine solche vornehme, allgemein geachtete Form der Korruption kann zum Beispiel darin bestehen, daß die Großunternehmungen oder Großbanken Direktoren anderer Unternehmungen in ihren Aufsichtsrat wählen, um jene Unternehmen als Kunden zu gewinnen. Der Direktor wird durch die Aufsichtsrats-Anteile (häufig auch durch Beteiligung an gewinnbringenden Konzernen) persönlich bereichert, das Unternehmen selbst wird unter Umständen geschädigt. Auch weiß man nur zu gut, daß die Kredite der Banken, diese so wichtige volkswirtschaftliche Funktion, sich nur allzu häufig nicht nach volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern nach den guten Verbindungen, die häufig den Charakter der Korruption tragen, gewährt werden.

Schon die letztere Bemerkung weist darauf hin, daß die häufig gehörte Behauptung, die Korruption in der privaten Wirtschaft schädige allein das betreffende Unternehmen oder seine Aktionäre, die Korruption in der öffentlichen Wirtschaft dagegen die Gesamtheit der Steuerzahler, nicht stichhaltig ist. Von den Fällen, bei denen private Großunternehmungen und Großbanken wegen Mißbräuche ihrer Leiter zusammenbrechen und dann mit Rücksicht auf die großen allgemeinen Interessen, die sich an das Weiterbestehen des Unternehmens knüpfen, vom Staat aus Steuermitteln auf die Beine gestellt werden, wollen wir gar nicht reden. Indessen werden durch jene Korruption und Mißwirtschaft des privaten Kapitals nicht allein das private Unternehmen und deren Aktionäre geschädigt, sondern in sehr häufigen Fällen auch Arbeiter und Angestellte, darüber hinaus aber die ganze Volkswirtschaft. Die Korruption in der Privatwirtschaft verhilft den Direktoren zu größeren Einkommen und vermehrtem Luxuskonsum, es werden aber volkswirtschaftlich gesehen weniger Werte geschaffen, ja — bei Zusammenbrüchen infolge dieser Mißwirtschaft — werden volkswirtschaftliche Werte vernichtet. Auch für die Lohn- und Gehaltsfragen ist die privatwirtschaftliche Korruption nicht gleichgültig. Wenn man noch hinzufügt, daß in der Privatwirtschaft die Gelegenheiten zur Korruption viel häufiger sind als bei der öffentlichen Hand, da sie bei der letzteren überwiegend nur in der brutalen Form der Bestechung vor sich gehen, während sie sich in der Privatwirtschaft in feist eingebürgerten, ehrbaren Formen vollziehen kann, so zeigt sich deutlich genug, daß das private Kapital wenig Berechtigung hat, der öffentlichen Hand Sünden vorzuwerfen, die sie Tag für Tag in größtem Umfang verübt.

Um auf die Frage der Korruption bei der öffentlichen Hand in ihrer Beziehung zur Privatwirtschaft zurückzukommen, so liegt das Problem darin, daß die öffentliche Wirtschaft nicht nur, wie das private Kapital wehmütig feststellt, einen Keil in die Privatwirtschaft treibt, sondern, von der anderen Seite her gesehen, die öffentliche Wirtschaft selbst zwischen private Unternehmungen eingekeilt ist. Daraus ergeben sich die größten Schwierigkeiten, unter andern auch das Problem der Korruption. In je größeren Bezirken die öffentliche Wirtschaft Fuß fassen kann, um so mehr wird — eine verstärkte demokratische Kontrolle der öffentlichen Organe vorausgesetzt — der Spielraum auch für die Korruption eingeengt. Ein Grund mehr für die Forderung, daß die volkswirtschaftlich nötige Kapitalbildung zugunsten der Kapitalbildung bei der öffentlichen Hand geschehe.

Die Arbeitslosenversicherung in England.

Der Ursprung aller Sozialpolitik ist in England. Dort wurde schon 1802 unter Führung des konservativen Philantropen Lord Shaftsbury das erste Gesetz zur Beschränkung der Kinderarbeit geschaffen. Das Wesen der Fabrikgesetzgebung mit seinem System der Fabrikinspektoren (Gewerberäte) ist englischen Ursprungs, das-jelbe gilt beispielsweise auch von der Arbeiterstatistik. Deutschland folgte erst viel später den Fußstapfen Englands. Es gibt aber andere Gebiete, in denen Deutschland in der Welt tonangebend wurde: Im sozialen Versicherungswesen und in der Arbeitsvermittlung. Über das

Die Korruption in der öffentlichen Wirtschaft.

Die Angriffe des privaten Kapitals auf die öffentliche Wirtschaft, gegen die „kalte Sozialisierung“ sind in letzter Zeit stets häufiger und stärker geworden. Den Anlaß zu den Angriffen gibt in Wirklichkeit die Finanzreform. Die Propaganda für die Erleichterung der Steuerlasten der privaten Unternehmer und die Beschränkung der Staatsausgaben wird zweckmäßigerweise verbunden mit dem Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft. Die Korruptionsaffären der letzten Zeit geben einen willkommenen Vorwand und scheinen den Gegnern der öffentlichen Hand neue Waffen zu liefern. Die alten sind sowieso ziemlich verrotten. Man führt zwar den Kampf für die private und gegen die öffentliche Wirtschaft auch mit den alten Argumenten, die aber immer weniger versagen. Man redet immer noch davon, daß der private Unternehmer das Risiko für den Erfolg seines Unternehmens trägt, folglich sei sein Profit unter allen Umständen berechtigt. Man bedient sich des Arguments, daß allein der private Unternehmer Initiative entfalten könne, während es den Leitern der öffentlichen Wirtschaft daran mangle. Man behauptet weiter, daß die private Wirtschaft frei beweglich, die öffentliche dagegen schwerfällig und bürokratisch ist. Diese Argumente verlieren aber um so mehr an Gewicht, je mehr die Wirtschaft von Großbetrieben, Großbanken und Kartellen beherrscht ist, je mehr industrielle Herzogtümer im Land entstehen. Jeder, der offenen Auges die Wirtschaft beobachtet, kann sehen, wie sehr die Kartelle oder andere Monopolorganisationen das Risiko des privaten Unternehmers aufheben, indem sie dem privaten Kapital Zoll- und Monopolrenten zuschanzen. In den privatkapitalistischen Dynastien, die an der Spitze der Großkonzerne stehen, werden die Wirtschaftsführer nicht nach ihren Fähigkeiten, sondern nach ihrem Vermögen, ihrer Geburt und ihren Verbindungen ausgewählt. Nichts verbürgt, daß sie geschäftsfähiger sind als jene spöttisch erwähnten „Geheimräte“, die an der Spitze öffentlicher Unternehmungen stehen, oder aber die Leiter der genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, die sich von unten emporgearbeitet haben. Was aber den Bürokratismus anbelangt, so haben die Großunternehmungen zwangsläufig denselben bürokratischen Verwaltungsapparat wie die öffentliche Hand. Bei ihnen können die Unzulänglichkeiten einer bürokratischen Verwaltung durch organi-

satorische Maßnahmen, die die Geschäftstätigkeit beweglicher und freier gestalten, ebenso (oder ebenowenig) behoben werden wie bei der öffentlichen Wirtschaft. Da auch die praktischen Erfolge der öffentlichen Wirtschaft zur Entkräftung jener theoretischen Argumente beitragen, so haben sie keine überzeugende Kraft mehr, mögen sie noch so oft vom privaten Kapital und der in seinem Dienst stehenden Presse vorgetragen werden. Deshalb ist es ihnen so sehr willkommen, daß die Korruptionsangelegenheiten, die bei Unternehmungen der öffentlichen Hand in letzter Zeit vorkamen, ihnen neue Waffen zu ihrem Vorstoß in die Hand geben.

Nichts liegt uns ferner, als die Korruptionsaffären in der öffentlichen Wirtschaft zu beschönigen. Vielmehr ist es für die Befestigung der öffentlichen Wirtschaft erforderlich, daß ihre Anhänger Korruptionserscheinungen in aller Offenheit aufdecken und bekämpfen, die Verfehlungen ohne Nachsicht verfolgen, gleichzeitig aber solchen Vor-kommnissen vorbeugen, indem sie dahin wirken, daß die Kontrolle verschärft und die Verantwortlichkeit der Leiter von öffentlichen Anstalten erhöht wird. Während die Gegner der öffentlichen Wirtschaft jene Verfehlungen mit schlecht verhüllter Freude und Genugtuung ansehen, weil sie Wasser auf ihre Mühlen sind, muß die Korruption in der öffentlichen Wirtschaft gerade von ihren Anhängern mit der größten Energie bekämpft werden. Diese Forderung, die im übrigen eine Selbstverständlichkeit ist, soll uns aber nicht daran hindern, unsern Lesern das Korruptionsproblem in seiner Beziehung zur privaten Wirtschaft vor Augen zu führen. Zunächst zwei Fragen: wie beeinflusst die private Wirtschaft die Korruption der öffentlichen Wirtschaft, und in welchen Formen läßt die Korruption in der privaten Wirtschaft selbst?

Das Bezeichnende an der Korruption in der öffentlichen Wirtschaft ist nämlich, daß ihr Vorhandensein unlöslich verknüpft ist mit der privaten Wirtschaft. Um einen Direktor der Berliner Stadtbank mit Geldzuwendungen oder Geschenken zu bestechen, dazu ist ein Privatunternehmer erforderlich, der aus Profitstreben jene Angestellten der Stadtbank in Versuchung führt. Die Angestellten wurden der passiven Bestechung schuldig, die aktive Bestechung durch Geld oder andere Zuwendungen liegt auf Seiten des privaten Unternehmers, der in dem einen Fall

erste Gesetz einer Arbeitslosenversicherung entstand wieder in England, und zwar um 1911. Verglichen mit der heutigen Gesetzgebung dieser Art war der damalige Anfang ein recht kleiner Versuch. Das allgemeine Prinzip der Arbeitslosenversicherung wurde in England 1920 eingeführt; sie löste die 1919 eingeführte Arbeitslosenfürsorge ab. Bevor das deutsche Arbeitslosenversicherungsgesetz 1927 geschaffen wurde, entsandte das Reichsarbeitsministerium eine Kommission nach England „zum Studium der britischen Arbeitslosenversicherung“. Jedoch unterscheidet sich die deutsche Arbeitslosenversicherung von der englischen in manchen Punkten ganz wesentlich, was hier in einzelnen nicht aufgeführt zu werden braucht.

Auch in England gibt die Arbeitslosenversicherung noch immer Anlaß zu Schwierigkeiten; freilich ganz anderer Art, als wir das in Deutschland gewohnt sind. Das englische Unternehmertum führt nicht nach Art des deutschen einen steten Kampf zum Abbau der sozialen Lasten. Auch erlebte man es in England bis heute noch nicht, daß sich der Präsident der englischen Nationalbank in den Dienst der Unternehmer zum Abbau der sozialen Lasten stellte. Solche Dinge sind in England undenkbar, da auch der Präsident der Nationalbank als „public servant“ (öffentlicher Diener) in jeder Hinsicht neutral ist und es nicht wagen würde, sich in die öffentlichen Staatsgeschäfte zu mischen; das untersteht der Verantwortung von Regierung und Parlament. Außerdem hat sich auch das englische Unternehmertum längst damit abgefunden; ein wohlfunktionsierendes Staatswesen ohne gut ausgebaute soziale Versicherung ist in der heutigen Zeit ein Unding. Deshalb spricht man auch in England nicht von der Arbeitslosenversicherung als von einer perversten Plage oder von einer Prämie auf die Faulheit.

Der Aufbau des deutschen Gesetzes ist in bestimmten Punkten besser als der des englischen Gesetzes. Eine der ersten Aufgaben der Arbeiterregierung galt dann auch der Verbesserung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Bei Beratung der Vorlage im Parlament kam es zu einer scharfen Opposition zwischen der starken Gewerkschaftsgruppe und der Arbeiterregierung. Der Kern des Streites bildete die Frage: was ist ein Arbeitswilliger im Sinne des Gesetzes? Allerdings kennt man in England das Wort „arbeitswillig“ nicht. Dort hat man für diesen Begriff folgende Phrase ausgedacht: Ehrlich nach Arbeit suchend, aber außerstande, passende Arbeitsgelegenheit zu finden. Um also nach dem alten Gesetz als arbeitswillig zu gelten, mußte man beweisen, daß man sich ehrlich um Arbeit bemüht. Um das beweisen zu können, mußte man täglich von Fabrikator zu Fabrikator, von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle irren, sich vorstellen, um — abgewiesen zu werden. In dieser Hinsicht bestehen in England noch geradezu trostlose Zustände. Auch heute noch besteht in England die Einrichtung, an den Arbeitsstellen Anschläge anzubringen mit der Aufschrift: no hands wanted (Hände werden nicht verlangt).

Das Arbeitsvermittlungswesen steht auf tiefster Stufe. Die Arbeitsnachweise sind Institute zur Auszahlung der Unterstützung, als öffentliche Arbeitsvermittlungstellen kommen sie kaum in Betracht. Von allen offenen Stellen werden diesen Instituten kaum ein Fünftel gemeldet. Auch die Arbeiterregierung scheute sich zuerst, an dieser veralteten Einrichtung zu rütteln, wonach der Arbeitslose beweisen muß, er bemühe sich ehrlich um Arbeit. Das von den Gewerkschaften zusammengetragene Material aber war vernichtend. Kurz nach ihrem Regierungsantritt hatte Miß Margaret Bondfield als Arbeitsminister einen Ausschuß zur Untersuchung der Angelegenheit ernannt. In der vom Generalrat der Gewerkschaften dem Ausschuß unterbreiteten Denkschrift wurde die jetzige Praxis schärfster Kritik unterzogen. Gingen doch die Beamten der Arbeitsnachweise gegen die Arbeitslosen mit den rigorossten Mitteln vor. Als Beispiel führen wir die Art an, wie selbst die Schiedsgerichte, die häufig nur aus dem Vorstehenden bestehen, ihre Fragestellung formulieren. Hierüber berichtet das Gutachten der Bergarbeiterorganisation von Südwalisen: „Hast du dich auch außerhalb des Bezirks bemüht, bei wem? Wo und bei wem hast du im Bezirk nachgefragt? Was macht der Werksführer vom ... Werk für einen Eindruck? Wo warst du an dem und dem Tage? Warst du auch — man nannte eben solche Werke, wo eine große Arbeitslosigkeit herrscht.“ Das Gutachten kommt zu dem Schluß, daß diese ganze Fragestellung darauf eingestellt war, die Arbeitslosen in Verwirrung zu bringen. Die Zahl der abgewiesenen Anträge war dann auch stets erschreckend hoch. Im vorigen Jahre, das mit dem 9. Mai abschloß, wurden nicht weniger als annähernd 290 000 Personen von der Unterstützung ausgeschlossen, weil sie sich angeblich nicht ehrlich um Arbeit bemühten. Der oberste Versicherungsrichter hat die Lage noch durch eine ganz tolle Entscheidung verschlimmert, in der es u. a. heißt:

„Es ist (zur Feststellung dessen, ob ein Arbeitsloser arbeitswillig ist) unmöglich, eine feste Regel darüber aufzustellen, welche Beweggründe der Arbeitslose zeigen soll ... das Wichtigste aber ist, die Mentalität des Antragstellers ausfindig zu machen.“

Hierzu heißt es in der Denkschrift des Generalrats: „Eine solche Untersuchung kann nur von Psychologen durchgeführt werden, die ihrerseits wieder auf die Unterstützung technischer Sachverständiger angewiesen sind. Aber selbst unter diesen Voraussetzungen ist es noch recht fraglich, ob ein derartiges Gremium die gewünschte Untersuchung einwandfrei führen kann. Die Beamten der Arbeitsnachweise sind aber weder Psychologen, noch technische Sachverständige; weshalb es sehr gefährlich wäre, über das Schicksal eines Arbeitslosen unter so fragwürdigen Voraussetzungen entscheiden zu lassen.“

Als nun die Regierung den Mut nicht hatte, mit dem überholten Bürokratismus zu brechen, wurde sie unter Führung des Parlamentariers und Gewerkschaftsführers Arthur H a y d a y zur Kapitulation gezwungen. Sie nahm die von den Gewerkschaften verlangte Lösung an, wonach die Prüfung, ob ein Arbeitsloser arbeitswillig, Sache des Arbeitsnachweises ist. Damit fällt die alte inquisitorische Regel, die es dem Arbeitslosen zur Pflicht macht, daß er sich ehrlich um Arbeit bemüht. Nach dem neuen Gesetz verliert der Arbeitslose das Recht auf Unterstützung erst dann, wenn er sich den vom Arbeitsnachweis gegebenen Instruktionen widersetzt, oder sich weigert, eine vom Amt angewiesene passende Stelle anzunehmen; ganz gleich, ob die Stelle vom Arbeitsnachweis angewiesen wurde oder nicht.

Bei diesen parlamentarischen Kämpfen zeigte sich so recht deutlich die verschiedenartige Stellung der deutschen und englischen Gewerkschaftsbewegung. Die Engländer haben es nicht verstanden, ein Arbeitsrecht aufzubauen. Sie verkanteten auch leider den Wert wohlausgebauter, öffentlicher Arbeitsnachweise. Aufgabe der Regierung wird es jetzt sein, das ganze Arbeitsnachweiswesen auf vollständig neuer Grundlage auszugestalten. Wie dem auch sei, durch die von den Gewerkschaften erkämpfte Neuerung wird ein schwerer Uebelstand beseitigt.

Im übrigen besteht die wichtigste Änderung des Gesetzes, das am 13. März in Kraft tritt, in der neuen Staffelung der Unterstützungssätze. Bis jetzt trat die Versicherungspflicht erst nach dem vollendeten 16. Jahr ein, nach dem neuen Gesetz aber nach vollendetem 15. Jahre. Vom 1. April 1931 an wird das schulpflichtige Alter von 14 auf 15 Jahre heraufgesetzt. In England bestehen nur Einheitsätze, diese sind: Mit 15 Jahren für Männliche 6 M, für Weibliche 5 M; mit 16 oder 17 Jahren für Männliche 9 M, für Weibliche 7,50 M; mit 18 bis 21 Jahren für Männliche 14 M, für Weibliche 12 M; über 21 Jahre für Männliche 17 M, für Weibliche 15 M. Für die Ehefrau anstatt 7 M wie bisher 9 M; der Zuschlag für jedes Kind bleibt wie bisher 2 M. Die dem Staat entstehenden Mehrkosten wurden ursprünglich auf 2 500 000 Pfund Sterling (50 Millionen Mark) berechnet. Durch die Neuregelung des sogenannten Arbeitswilligen-Paragrafen entstehen dem Staat jedoch weitere Ausgaben, die auf 14 Millionen Pfund Sterling oder 280 Millionen Mark berechnet werden. Diese enorme Summe, die aus Steuern aufgebracht werden muß, hat im Bürgertum eine Art Gänsehaut erzeugt. England ist allerdings reicher als Deutschland. Auch braucht England keine Reparationen zu zahlen. Zum anderen muß es auch Lehrgeld zahlen, weil es bis jetzt verabsäumte, für eine vernünftige Arbeitsvermittlung zu sorgen.

In allen diesen Dingen merkt man erst die vorbildliche Arbeit, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung in jahrzehntelanger Aufbauarbeit geleistet hat. Die deutschen Gewerkschaften sind eben ein bedeutendes Glied im sozialen Volksstaate. Sie sind es, die die Bausteine zu diesem Staate liefern!

Die Lage der Arbeiter am Schluchseewerk.

Am 10. und 11. Dezember besaßte sich in Baden-Baden eine Konferenz der Baugewerkschaftsvorstände des Bezirksverbandes Karlsruhe mit den Zuständen an den Baustellen des Schluchseewerkes. Die Arbeitsverhältnisse, die Lebenshaltung und die Unterbringung der Arbeiter in Wohnbaracken wurde als geradezu menschenunwürdig festgestellt. Im § 9 des Reichsarbeitsvertrages ist allerdings festgelegt, daß die Wohnräume den wohnungspolizeilichen Vorschriften in sittlicher und gesundheitlicher Hinsicht entsprechen müssen und Schlaf- und Wohnräume getrennt zu halten sind. Auch ist ein besonderer Raum zum Trocknen nasser Arbeitskleider bereitzustellen.

Von alledem ist an den Baustellen des Schluchseewerkes nichts zu finden. In den Schlafbaracken sind die Strohsäcke nicht mit Stroh, sondern nur mit einer dünnen häckelartigen Einlage versehen. Gewohnt und geschlafen wird in einem Raum. Durch den Schichtwechsel ist immer ein Teil der Betten belegt. Auch die nassen Kleider müssen in demselben Raum getrocknet werden. Die Luft in den Räumen ist vollständig verdorben. Um die Durchführung der vertraglich festgelegten Bestimmungen kümmern sich die Unternehmer nicht. Bleibt übrig die Kontrolle durch die maßgebenden Behörden: das Badische Bergamt und das Badische Gewerbeaufsichtsamt. Ueber die Grenzen der Kontrollbefugnisse dieser Behörden weiß heute kein Mensch Genaueres. Zu wünschen wäre, daß das Gewerbeaufsichtsamt als die maßgebende Kontrollbehörde eingesetzt wird, weil wir zu der sogenannten Kontrolle des Bergamtes durch den Oberbergamt, Herrn Dr. Zier-vogel, nicht das geringste Vertrauen haben.

Dieser Herr hat oft die Freundlichkeit, seinen Kontrollbesuch der Firma frühzeitig anzumelden, denn das Auflo der Firma hat ihn wiederholt an der Bahn abgeholt und an die Baustelle gebracht. Wenn dann das gemeinjamte Maß eingenommen ist, geht es an die „plötzliche und unerwartete“ Kontrolle. Der Herr Oberbergamt mußte auch erst darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Betriebsvertretung der Arbeiter bei der Kontrolle zuzuziehen ist. Die schlechten Wohnverhältnisse, das Fehlen von Waschgelegenheit, die Beschwerden über schlechte Luft in den Wohnräumen und im Stollen werden von dem Herrn Oberbergamt nicht beachtet. Unser Vertreter am Bau des Schluchseewerkes machte vor einiger Zeit Herrn Dr. Ziervogel auf diese Mißstände aufmerksam. Er bekam die klassische Antwort: „Wenn man dies alles verhindern will, muß man den Stollenbau verbieten ...“

Auch sonst kommt dieser Herr den Unternehmern in jeder Weise entgegen. Am 23. Juli hat er der Firma Dyckerhoff & Widmann für 3 Monate die sechzigstündige Wochenarbeitszeit im Schluchseestollenbetrieb gestiftet und dann die Frist am 23. Oktober verlängert. Noch heute wird wöchentlich 60 Stunden gearbeitet!

Nun zu den Arbeitsverhältnissen im allgemeinen. Am Schluchsee werden viele Notstandsarbeiter beschäftigt. Diese Leute, die vielfach solche schwere Arbeit gar nicht gewohnt sind, werden während des ganzen Tages angegraben. Trotz fleißiger Arbeit und größter körperlicher Anstrengung wird von dem einzelnen nie genug geleistet, immer wird geschimpft, geschoben und getrieben. Leider tragen die Arbeiter zum großen Teil an ihrem traurigen Los als Notstandsarbeiter selbst die Schuld. Organisiert sind sie zum großen Teil nicht. Alles könnte besser werden, wenn sich die Arbeiter restlos dem Deutschen Bauergewerksbund anschließen würden. Dann wäre es ohne weiteres möglich, ohne behördliche Kontrolle am Schluchsee Ordnung zu schaffen.

Die Unfälle vermehren sich von Woche zu Woche. Erst vor wenigen Tagen mußte wieder ein Arbeiter sein Leben lassen. Ein anderer schwebt in Lebensgefahr, zwei weitere sind schwer verletzt. Wir fragen: Soll das Leben und die Gesundheit der am Schluchseewerk beschäftigten Arbeiter noch länger in solch unverantwortlicher Weise aufs Spiel gesetzt werden? Wir fordern für die Baustelle eine dauernde durchgreifende Kontrolle. Für die Dauer der Bauzeit müssen im Gebiet des Schluchseewerkes Kontrolleure aus Arbeiterkreisen angestellt werden, die dauernd dort ihren Wohnsitz haben. Dazu gehört dann noch die Oberaufsicht durch das Gewerbeaufsichtsamt; hier sind die

Beamten als Praktiker aus dem Baugewerbe hervorgegangen, sie haben die nötigen Erfahrungen.

Wenn man neben dem hier Geschilderten noch in Rechnung stellt, daß das Einkommen der Arbeiter am Schluchseewerk sehr gering ist, dann wird jedermann erkennen, daß das Leben der an den Schluchsee verbannten Notstandsarbeiter geradezu menschenunwürdig ist. Viele Arbeiter werden als ungelern an das Schluchseewerk deportiert. Sie bekommen, wenn sie bereits vier Monate im Baugewerbe beschäftigt waren, den ungeheuerlich „hohen“ Stundenlohn von 1,01 M. Die noch nicht vier Monate im Baugewerbe beschäftigt Gewesenen bekommen 91 S. Von diesem „Einkommen“ soll nun ein Familienvater sich und seine Familie kleiden und ernähren. Rechnet man die Kosten, die der Arbeiter für Ernährung und Unterkunft selbst braucht, mit nur 4 M täglich an, so hat er sicher sparsam gelebt. Er muß damit die Kosten für das Quartier, für den Morgenkaffee, für Mittag- und Nachessen und auch für Frühstück und Vesper bestreiten. Dann bleiben noch übrig für die Familie, vorausgesetzt, daß durch Witterungsverhältnisse der Lohn nicht geschmälert wird, täglich 3 bis 4 M oder durch Ueberstunden ersundene 5 oder 6 M. Davon muß am Heimatsort die Miete und die Verpflegung von Frau und Kindern bestritten werden. Wo bleiben die Mittel, für die Familie Kleider und Schuhe zu erzeugen? Und dabei müssen die im Freien Arbeitenden noch manchmal wöchentlich bis zu 3 Tagen wegen schlechter Witterung aussetzen! Ferner sind die Beiträge für die Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung zu zahlen.

Vielleicht gibt es außerhalb der arbeitenden Klasse auch noch Menschen, die sich in die tieftraurige Lage der am Schluchseewerk beschäftigten Notstandsarbeiter und ihrer Familien hineinenden können. Bis jetzt hat man davon noch sehr wenig empfunden. Eine Eingabe vom 27. November an das Landesarbeitsamt Süd-West in Stuttgart, worin wir darum nachgesucht haben, den Notstandsarbeitern für den Lohnausfall durch Witterungsverhältnisse Unterstützung zu gewähren, ist bis heute noch nicht beantwortet. Der Amtschimmel trabt langsam, auch dann, wenn Hunderte von Familien hungern müssen. Es ist allerhöchste Zeit, daß dafür gesorgt wird, daß die Familien der am Schluchseewerk beschäftigten Notstandsarbeiter einen Familienzuschlag und die Arbeiter selbst für die Tage des Verdienstausfalles die Arbeitslosenunterstützung bekommen. Bei gutem Willen ist dies möglich. Genau so, wie man der kapitalkräftigen Schluchsee A.-G. einen Förderungsbeitrag von 3 M je Arbeiter und Tagelohn aus öffentlichen Mitteln bewilligt hat, genau so muß man einen Weg finden können, den Notstandsarbeitern und ihren Familien ihr trauriges Los zu erleichtern!

Vielleicht ist die Schluchsee A.-G. bereit, die Hälfte des Förderungsbeitrages zugunsten der Arbeiter abzutreten ...

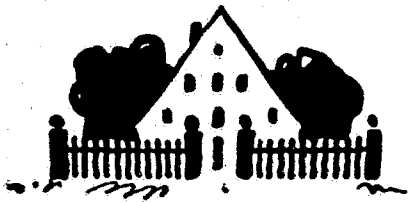
Streiks u. Lohnbewegungen

Löhner: Gesperrt sind in Leipzig die Firma Paul Haubenreißer, Antonienstraße 11, in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnick und Emil Böhme, in Burg bei Magdeburg Hlsmann, in Hannover Junge wegen rückständiger Löhne, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl wegen Tarifbruchs, in Landsberg a. d. W. Karl Grund junior, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf.

Aus der Sozialgesetzgebung

Krankenversicherungspflicht der Lehrlinge während des Aussehens im Winter. Der im „Grundstein“ Nr. 41 behandelte Fall eines Lehrlings aus Weimar, der das Versicherungsamt des Landkreises Weimar beschäftigte, ist nunmehr vom thüringischen Oberversicherungsamt in Gotha endgültig entschieden worden. In der Begründung der Entscheidung sagt das Oberversicherungsamt: „Durch Entscheidung des gemeinsamen Versicherungsamtes beim Landrat des Landkreises Weimar in Weimar vom 1. August 1929 ist dahin erkannt worden: Der Maurerlehrling X. unterlag in seinem Lehrverhältnis bei dem Maurer- und Zimmermeister Y. in Weimar auch während der Arbeitsunterbrechung in den Wintermonaten 1928/29 der Versicherungspflicht. Dagegen richtet sich die rechtzeitig eingelegte Beschwerde der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadt- und Landkreis Weimar und des Zimmermeisters Y. daselbst mit dem Antrage, dahin zu entscheiden, daß X. während der genannten Zeit der Krankenversicherungspflicht nicht unterlag. Die Tat- und Rechtslage ist in der angefochtenen Entscheidung, auf deren Inhalt Bezug genommen wird, eingehend dargelegt und zutreffend gewürdigt und rechtfertigt sie nach Ueberzeugung des Oberversicherungsamtes. Die Ueberzeugung hat auch durch die Ausführungen der Beschwerdeführer nicht erschüttert werden können. Die von der Allgemeinen Ortskrankenkasse angezogene Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 6. Mai 1916 betr. Krankenversicherungspflicht eines Pflastererlehrlings zu Beginn der Kriegszeit 1914, mit der sie ihre Ansicht, daß X. nicht krankenversicherungspflichtig sei, zu stützen sucht, ist auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar. Die Entscheidung hängt, wie das Reichsversicherungsamt hervorhebt, lediglich davon ab, ob der Lehrling auch in den Zwischenzeiten der Verfügungsgewalt des Beschwerdeführers unterstand. Das war bei dem Pflastererlehrling, wie das Reichsversicherungsamt festgestellt hat, nicht der Fall, wohl aber ist es hier der Fall, wie sich aus der Aussage des als Zeugen vernommenen Zimmermeisters Y. in Weimar vom 26. Juni 1929 einwandfrei ergibt. Danach mußte X. jedenfalls während der Zeit der Arbeitsunterbrechung ständig damit rechnen, zur Wiederaufnahme der Arbeit von ihm zurückgerufen zu werden. Gegen die Entscheidung ist ein Rechtsmittel nicht zulässig.“

Abmeldungen der Lehrlinge von den Krankenkassen sind danach für die Zeit des Aussehens nicht zulässig. Wenn die Lehrlinge während der Zeit des Aussehens keine Entschädigung erhalten, besteht für die Unternehmer nach § 494 der Reichsversicherungsordnung die Möglichkeit, sie bei der Krankenkasse als „Lehrlinge ohne Entgelt“ umzu-



Unterhaltung und Wissen



Feier der Zeit — Feier des Menschen.

Die Zeit rinnt dahin. Ein Jahr fließt nach dem anderen in das Meer des Gemeinen. Und fragend und sorgend blicken wir beim Jahreswechsel in das neue Jahr. Wie wird es werden? Was wird die Zeit mit uns machen? Klein und hilflos stehen wir vor dem Kolosse Zeit, der da rollt und rollt. Ueber uns hinweg? Uns zermalmend?

Wie ohnmächtig ist der Mensch noch im großen Geschehen! Ein Spielball des Zufalls ist er noch, und hoffend auf Glück begehrt er den Jahreswechsel. Genau so wie Generationen vor uns, wie Menschen aller Jahrhunderte es getan.

Und doch müßte der Mensch dieser Zeit auch diesen Jahreswechsel in neuem, anderen Geiste feiern. Nein, nur nicht der Spielball der Zeit, denn wir sind die Zeit! Nur Menschen sind Zeit zu fragen berufen. Koloss, halte an! Laß dich führen und rolle den Weg, den wir dir bestimmen!

Silvester ist Feier der Zeit, ist Feier der großen Geschichte. Zeit muß Inhalt haben und Sinn. Und den geben wir.

Ueber den einzelnen nur rollt die Zeit schnell hinweg. Er ist Spielball. Doch als Masse vereint, geeint zum Bunde der Kämpfer sind wir der Koloss. Und wir halten die Zeit und zwingen die Zeit und zwingen das Glück!

Die Jahreswende sei darum durchziffert von Troß und durchbebt von stemmender Kraft wollender Massen! Was noch nie war, soll werden! Es steigt aus der Zeit, was noch nie gewesen. Der Mensch wird. Und ihm zu Füßen liegt, von ihm geformt und gebildet, alles!

Die allzuteure Schundliteratur.

Von R. G. Haebler.

Der Reichsminister des Innern hat vor einiger Zeit dem Reichstag über die Erfahrungen bei der Durchführung des Gesetzes gegen Schund- und Schmutzschriften einen Bericht vorgelegt. Wir erfahren daraus, daß bei den drei Prüfstellen Berlin, München, Leipzig in den letzten zwei Jahren 276 Anträge verhandelt wurden. Von diesen 276 Anträgen wurden 75 von den Prüfstellen angenommen; einige davon wurden von der Oberprüfstelle in der Revisionsverhandlung genehmigt, andere freigesprochen, so daß im Endergebnis 56 Verbote verbleiben. Es handelt sich dabei um Kriminal- und Skandalblätter, Liebesromane, homoeruelle Zeitschriften, Kriminal- oder Liebesgeschichten in Buchform, Nacktmagazine, Gerichtszeitungen und sogenannte pornographische Bücher. Die Kosten der Durchführung belaufen sich im ganzen auf 214 620 M., so daß jeder Antrag rund 770 M. und jedes Verbot rund 4000 M. Kosten verursacht. Dabei muß bemerkt werden, daß das Amt eines Besitzers ein Ehrenamt ist, also abgesehen von einer geringen Aufwandsentschädigung unentgeltlich ausgeübt werden muß. Und hier erhebt sich die Frage, ob dieser Aufwand der Mühe lohnt?

Was geschieht denn, wenn so ein Schundbuch auf die Liste kommt? Mancher meint, damit sei nun das Buch verboten, es dürfe nicht mehr vertrieben werden und verschwinde damit von der Bildfläche. Aber so gewaltig ist dieses Gesetz nun doch nicht! Es dürfte es auch nicht, selbst dann nicht, wenn mancher Hüter der Sittlichkeit am liebsten eine solche radikale Zensur ausüben möchte! Die Bestimmungen ordnen vielmehr nur an, daß die Schrift im ganzen Reich Jugendlichen weder entgeltlich noch unentgeltlich überlassen werden darf; sie darf nicht im Umherziehen feilgeboten, angeboten oder angekündigt werden; ferner ist verboten, sie anreißerisch anzupreisen oder öffentlich zur Schau zu stellen. Das ist alles. Und dafür gibt das Reich im Jahr hunderttausend Mark aus! Für eine Maßnahme, deren unmittelbare Wirkung gleich null ist! Zumal wenn es sich um periodische Zeitschriften handelt, die längst unaktuell sind, wenn sie auf die Verbotsliste kommen.

Andererseits könnte es um die mittelbare Auswirkung solcher Prüfstellen gehen. Wir denken dabei an Maßnahmen, die den Vertrieb gewisser schundiger und schmutziger Literatur so erschweren, daß kein Verleger das Risiko eines Druckes übernimmt. Dann aber müßte auf Grund der Erfahrungen der Prüfstellen selbst das Gesetz in einigen wesentlichen Punkten geändert werden. So wie es jetzt gehandhabt werden muß, ist es unhaltbar; es ist Unfug, wenn Männer der Kunst, der Wissenschaft und Führer kultureller Organisationen, die als Besitzer tätig sind, ihre immerhin nicht ganz wertlose Zeit opfern müssen, um off über absolut belanglose Schmäher zu Gericht zu sitzen. So wie heute die Bestimmungen lauten, begreift jeder sehr wohl, daß der Leiter der Berliner Prüfstelle von seinem Amt zurücktritt, weil er von dieser unproduktiven Arbeit genug hat.

Was vor Jahren kluge und verantwortungsbewußte Menschen dem kätzchen Gesetzentwurf gegenüber warnend gesagt haben, hat sich heute bewahrheitet. Schuß der Jugend vor Schund und Schmutz — ja! Aber dieser Weg ist teuer, erfolglos und gefährlich.

„Das muß Sie doch recht angegriffen haben, wie Ihr ganzes Häufel abgebrannt ist?“ „s Brennen war nicht so schrecklich g'west, aba 's Auftragen von de Wendarmen.“

Wirtschaftswetter.

Von Dr. Otto Ehrlich.

Mit derselben Regelmäßigkeit, mit der auf drei Normaljahre ein Schaltjahr folgt, verlassen, wie jeden Montag, Schlag 10 Uhr abends, auch am kältesten Montag des Jahres 1929 bei 26 Grad Celsius unter Null Dr. Albrecht Wetterblick und Dr. Wilhelm Dekonomus die Stammtischrunde im Gasthof „Zum roten Wetterhahn“ und treten gemeinsam den Heimweg an.

Dr. Dekonomus (Leiter eines Konjunkturforschungsinstitutes): Merkwürdig, daß man immer erst durch Schaden klug wird oder wenigstens werden will. Wo hat es je ein so großes Interesse für die Wetterkunde gegeben wie jetzt, nachdem ein nicht unbedeutender Teil unserer Mitmenschen sich ungeschützte Körpervorsprünge aller Art abgefroren hat.

Dr. Wetterblick (Meteorologe, zu deutsch: Wetterprophet): Daß gerade ihr Volkswirtschaftler euch erst jetzt für unsere Wissenschaft interessiert, wo ihr Schwierigkeiten

von der Dauer der Bestrahlung, von der jeweiligen Entfernung der Erde von der Sonne, von der Erhebung über dem Meeresspiegel und von der Verteilung von Wasser und Land. Durch höhere Temperatur wird die Luft aufgelockert und darum leichter, durch tiefere zusammengedrückt und darum schwerer und um so stärker wird dann der Luftdruck. Der Feuchtigkeitsgehalt der Luft entspringt ihrem Vermögen, Wasserdampf in sich aufzunehmen. Je wärmer die Luft ist, desto mehr Wasserdampf kann sie aufnehmen; kühlt sich die mit Wasserdampf gesättigte Luft ab, so wird ein Teil dieses Dampfes als Regen ausgeschieden. Und wenn du dann noch die Entstehung des Windes kennst, dadurch, daß die Luft von einer Gegend höheren Luftdruckes, einem sogenannten „Hoch“, nach einem Gebiet niederen Druckes, dem sogenannten „Tief“, abströmt, dann kennst du die Grundlagen unserer Wissenschaft.

Dr. Dekonomus: Und jetzt weiß ich auch schon, worin die vermutete Ähnlichkeit liegt. Bei euch erzwingt sich ein Ausgleich zwischen „Hoch“ und „Tief“. In der Wirtschaft ist es genau so, nur heißt es anders. Ich will es dir klarmachen. Stelle dir eine halbwegs im Gleichgewicht befindliche Volkswirtschaft vor, etwa die unsere in der Vorkriegszeit. Nun fällt zum Beispiel in einem Jahr die Ernte besonders gut und reichlich aus (beachte, daß auch das von der Luftwärme und Luftfeuchtigkeit abhängt). Ein alter Spruch sagt:

Hat der Bauer Geld,
Hat's die ganze Welt.

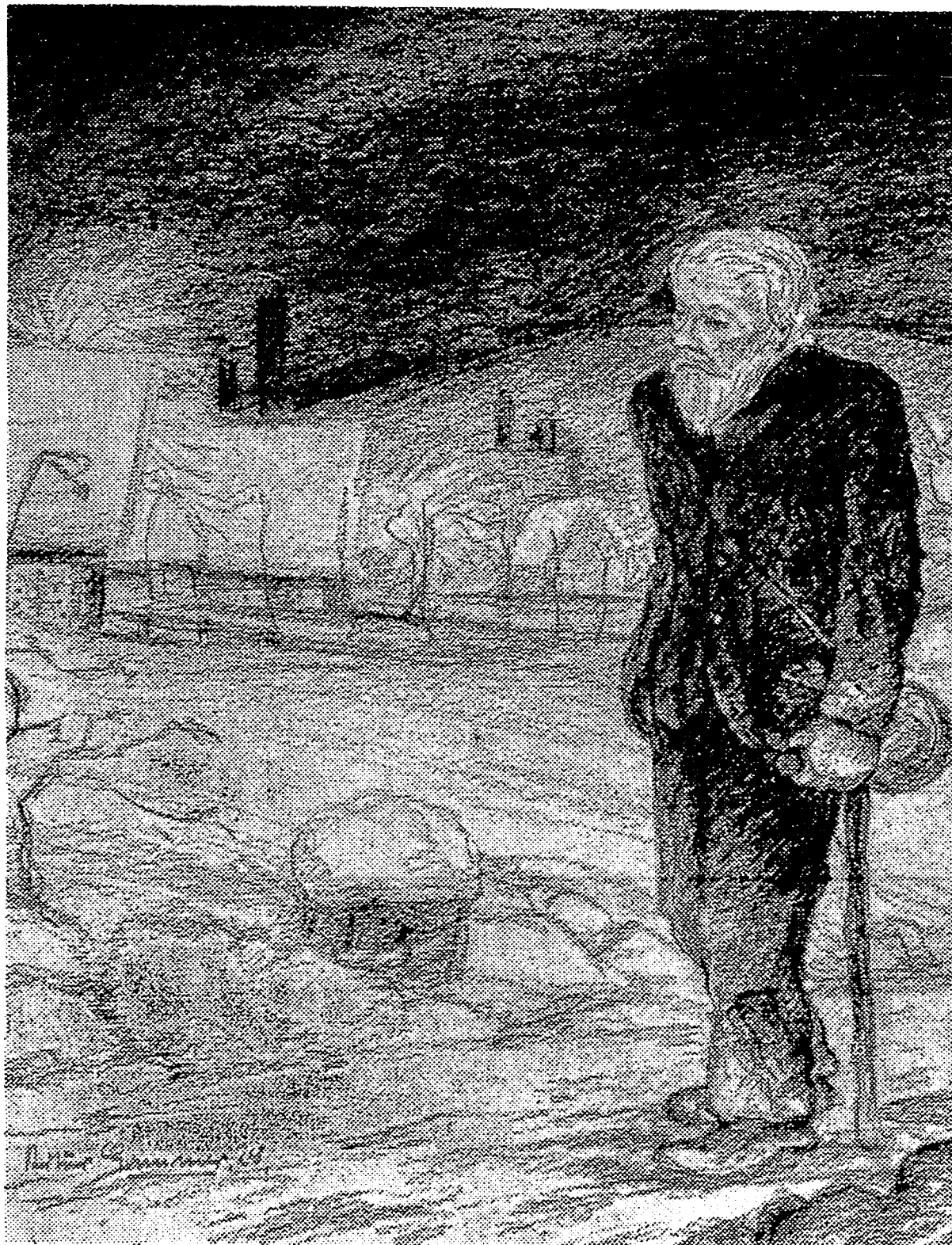
Die gesteigerte Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung wirkt sich in steigender Nachfrage nach Industrieprodukten aller Art, Schuhen, Kleidern, Geräten, Baumaterialien usw. aus. Das hat ein Steigen der Preise und damit ein Steigen der Rentabilität für die kapitalistischen Unternehmer zur Folge und ist für sie die Veranlassung, ihre Betriebe auszuweiden; nach kurzer Zeit reicht das eigene Kapital nicht aus, sie nehmen Kredit und die Zinsen steigen: Die Wirtschaft steht unter Hochdruck. Aber bald beginnen ungünstige Winde zu wehen. Da die kapitalistische Wirtschaft nicht planmäßig geleitet wird, so weiß niemand, wie lange er seine Produktion erweitern kann, ohne zu viel zu erzeugen. Und richtig, während er eben mit feurem Kredit eine neue Werkstätte, eine neue Krananlage oder eine neue Werksbahn erbaut, telegraphieren seine Vertreter und Filialleiter, daß der Markt gesättigt ist und der Absatz zurückgeht. Nun kommt es zur Wolkensbildung. Die Erweiterungsbauten werden eingestellt, die Bauarbeiter entlassen. Es ist aber nicht nur der Absatz zurückgegangen, auch die Zahlungen der Kundschaft laufen schleppend ein. Sind nicht genügend Reserven da, dann kommt es vielleicht gar zum Zusammenbruch. In die Volkswirtschaft hinein fallen die ersten Regentropfen. Die Zahl der Unternehmungen, denen es schlecht geht, wird größer, die Arbeitslosigkeit schwillt an, es regnet bereits ausgiebig. Wer in der Zeit der Hochkonjunktur in den Banken Spareinlagen gemacht hat, braucht nunmehr das Geld. Mit den Einlagen hatten die Banken Kredite gegeben, jetzt müssen sie diese Kredite, um dem Ansturm ihrer Einleger gewachsen zu sein, kündigen. Es blüht und donnert. Und wenn dann die Schuldner der Banken ihre Schulden nicht zurückzahlen können, weil sie die neuen Fabrikanlagen mangels Nachfrage nicht veräußern können, dann müssen auch die Banken ihre Zahlungen einstellen. Der Blitz hat gezündet, es brennt, denn jetzt bekommen auch die Einleger ihr Geld nicht mehr aus der Bank heraus, auch sie müssen ihre Zahlungen einstellen, Konkurs folgt auf Konkurs, das Elend wird immer größer. Wir sind in der Krise, ein allgemeines Tief breitet sich aus. Wohl folgt auf lange schwere Jahre der Ebbe wieder einmal ein Aufschwung, aber für die Tausende und aber Tausende vernichteter Existenzen gibt es keinen Aufschwung mehr.

Dr. Wetterblick: Was du sagst, ist erschütternd, überhaupt wenn ich den Konjunkturwechsel mit der Ewigkeit und Unerbittlichkeit des Wetterwechsels vergleiche. Das muß doch den, der dieses unentrinnbare Auf und Ab der Wirtschaft erkannt hat, aufs tiefste bedrücken.

Dr. Dekonomus: Es gibt einen Lichtblick. Die von mir so geschilderte Wirtschaftsordnung, der Kapitalismus, der von periodischen Krisen geschüttelt wird, war nicht immer und wird auch nicht ewig sein. Wir nähern uns immer mehr einem Zustand, in dem die Menschen es überdrüssig sein werden, sich von einer kleinen Minderheit kommandieren und sich um den vollen Ertrag ihrer Arbeit bringen zu lassen, von einer Minderheit, die obendrein nicht imstande ist, ja gar nicht imstande sein kann, für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Gesamtheit zu sorgen.

Es wird der Tag kommen, wo sich die Gesamtheit Organe schaffen wird, um Produktion und Verteilung der Lebensgüter nach eigenem Willen selbst planmäßig zu gestalten, wo das Wirtschaftsthermometer immer auf „warm“, das Wirtschaftsbarometer immer auf „schön“ stehen wird und wo die alte Bauernregel zu neuer Geltung kommen wird:

„Wenn in der sonnen nyrdegeen
rot Wolken an dem Himmel stehn
der Tag danach wird gewonlich schön.“



Neujahr auf der Landstraße.

in der Wasserversorgung hat, wo Kohlen- und Lebensmittelzufuhren gehemmt sind, ist nicht gerade rühmlich.

Dr. Dekonomus: Ich gebe gern zu, daß die Wetter- und Klimakunde den meisten unserer Leute, ja sogar den meisten Beherrschern der materialistischen Geschichtsauffassung ein Buch mit sieben Siegeln ist, d. h. jenen Männern, denen das ganze geschichtliche Geschehen wirtschaftlich bedingt erscheint, abhängig von den Produktionsverhältnissen, unter denen die Lebensmittel und Bedarfsartikel, die wir zur Befreiung unseres Lebensunterhaltes brauchen, erzeugt werden. Und wer wollte leugnen, daß die Verschiedenartigkeit der Produktionsverhältnisse in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten, vielleicht am stärksten durch die Verschiedenheit von Wetter und Klima beeinflusst ist, die ihrerseits, wenn ich nicht irre, auf die feste Abkühlung der Erde und das damit zusammenhängende Einschrumpfen der Erdhülle zurückgeht.

Dr. Wetterblick: Ich habe den Eindruck, daß du dieses Gespräch nur aus Höflichkeit, weil ich Meteorologe bin, begonnen hast.

Dr. Dekonomus: Nein, ich will auf etwas ganz anderes hinaus. An den gräßlichen Frosttagen, an denen Berlin in Sibirien zu liegen schien, bin ich auf eine gewisse Ähnlichkeit deiner und meiner Wissenschaft gekommen, der ich von nun an dadurch Rechnung tragen werde, daß ich den bereits hier und da verwendeten Ausdruck „Wirtschaftswetter“ auch in meinen Sprachgebrauch übernehmen werde. Um aber den Vergleich unserer Wissenschaften weiterführen zu können, bitte ich dich, mir ein paar Worte über Wetterkunde zu sagen.

Dr. Wetterblick: Das ist leicht. Das Wetter ist durch drei Elemente bestimmt: Luftwärme, Luftdruck und Luftfeuchtigkeit. Die Wärme der Luft hängt ab von dem Winkel, unter dem die Sonnenstrahlen auf die Erde treffen,

Allgemeine Rundschau

Luzo Brentano. Der berühmte Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker Luzo Brentano feierte in der Woche vor Weihnachten seinen 85. Geburtstag. Der Name dieses streitbaren und unermüdbaren Vorkämpfers des sozialen Liberalismus ist seit seinen ersten Arbeiten aus den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit der deutschen, mit der europäischen Gewerkschaftsbewegung untrennbar verbunden. — Brentano ist einer der Begründer der Theorie der Gewerkschaftsbewegung. Er ist mit schlagenden Argumenten dem Pessimismus Lassalles hinsichtlich der Erfolgsmöglichkeiten der Gewerkschaften entgegengetreten. Brentanos Ansichten sind in Unternehmerkreisen auf schärfsten Widerstand gestoßen. Die kompakte Mehrheit der alten Unternehmergeneration, die auch heute noch nicht ausgerufen ist, erhob sich wider diesen Professor. Wie kein anderer unter den deutschen Sozialökonomern hat er in nichtsozialistischen Kreisen Deutschlands Verständnis für den Sinn, für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften geweckt und gepflegt. Selbst auf die Gefahr hin, als einseitiger Parteigänger der Arbeiter vertrieben und als unobjektiver Gelehrter diskreditiert zu werden, hat er sich bei vielen Gelegenheiten, zu einer Zeit, als noch Mut dazu gehörte, unbedünnt und im Vertrauen auf die innere Unabhängigkeit seiner Überzeugung für den sozialen Fortschritt, für ein neues Arbeitsrecht eingesetzt. — Wir wünschen ihm noch manches Jahr ungebrochener Arbeitsfrische.

Spargelder als Betriebskapital. Von der Industrie wird die Entwicklung der Sparkasseneinlagen mit Scheelen Augen angesehen. Als Kapitalbildung wird diese Ansammlung von Milliardenbeträgen, aus kleinen Quellen gespeist, nicht betrachtet. Im Gegenteil, man hält die Sparkasseneinlagen für eine Fehlleistung. „Denn derartige Ersparnisse sind erkaufte mit einer Kapitalverknüpfung an anderer Stelle, wo unter den heutigen Verhältnissen das betreffende Kapital viel notwendiger und wirksamer ist.“ („Deutsche Bergwerks-Zeitung“ Nr. 277.) Dennoch ist es ein eigenartliches Bild, zu sehen, wie die Großbanken um die Heranziehung der Spargelder bemüht sind. Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 596 wird sehr anschaulich geschildert, wie die Konsumgenossenschaften ihre Betriebe mit Spargeldern finanzieren. Ein Drittel des reinen Betriebsbedarfes wurde von Spargeldern gestellt, und nahezu die Hälfte der Nettoanlagengewinne wurden durch Spareinlagen gedeckt, gegenüber 14,5 % 1913. „Wir sehen also, daß die Spareinlagen für die Konsumvereine eine wesentliche Finanzierungsquelle darstellen. Spareinlagen in Höhe von einer Viertelmilliarde, die reichlich zur Hälfte flüssig gehalten werden, ermöglichen bei relativ schwachem Eigenkapital einen Umsatz von einer Milliarde Mark, der sich im ganzen deutschen Einzelhandel bemerkbar macht.“ Die Konsumgenossenschaften zeigen sehr deutlich, wie die Spareinlagen als Betriebskapital wirksam gemacht werden. Die privaten Unternehmer sind Gegner der Spareinlagen und treten für die Eigenkapitalbildung in den Betrieben ein. Für die Arbeiterklasse ergibt sich die einzige Lehre, die verfügbaren freien Gelder nach wie vor ihren eigenen Sparinstituten, Konsumgenossenschaften und Arbeiterbank, zur Verfügung zu stellen.

Eine christliche Drohung. In der Nummer 52 der christlichen „Baugewerkschaft“ werden wir wegen unserer letzten Polemik in der Frage der Arbeitslosenunterstützung mit diesem Blatte nochmals angeknurr. Wir würden dazu nichts sagen, wenn die „Baugewerkschaft“ nicht mit einer „fürchterlichen“ Drohung schloße. Sie rät uns nämlich zur Vorsicht, sonst könnte sich das Blatt genötigt sehen, einige „auch“ dem „Grundstein“ sehr unangenehme Feststellungen der christlichen Öffentlichkeit zu unterbreiten. Worauf wir dem Blatte erwidern: Nur heraus mit der Sprache! Wir sind auf das „Fürchterliche“ gefaßt. In der Frage der staatlichen Arbeitslosenunterstützung ist unser Schild blank und rein und etwa abweichende Ansichten irgendwelcher Art, irgendwelcher Personen oder Gruppen in dieser Frage lassen uns kalt. Wir dienen der Sache, und das steht uns höher als irgend etwas anderes!

Der Zementabfall im November. Entsprechend der stark rückgängigen Bauaktivität sank der Zementverbrauch im November auf 499 000 Tonnen gegenüber 558 000 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres und gegenüber 677 000 Tonnen im Oktober 1929.

Bücher u. Schriften

„Westermanns Monatshefte.“ Das Dezemberheft bringt den Anfang des Romans „Gildschütz“ von Paul Stein Müller. Im übrigen ist auch dieses Heft sehr vielseitig. Jedes Heft ist der Ausdruck guten Geschmacks für eine bestimmte Auswahl literarischer und bildnerischer Kunstschöpfungen. Vor allem steht der Bildschmuck auf der Höhe. Wegen Einbindung von 30 S. Porto an den Verlag von „Westermanns Monatsheften“, Braunschweig, wird ein umfangreiches Heft umsonst ausgehändigt.

Der Große Brockhaus, Bd. 4 (Chi—Dob). (824 Seiten, Preis in Ganzleinen 28 Mk., bei Umtausch eines alten Exemplars 25,50 Mk.) Dieser 4. Band behandelt neben anderem China in 90 Spalten mit 86 Abbildungen und 10 Karten, die nördliche Russl., Sibirien, Sibirien, Sibirien, Sibirien. Vor allem enthält er auch das Stichwort „Deutsch“, das mit allen seinen Aufnahmefähigkeiten 180 Stichwörter umfaßt und eine übersichtliche Monographie des Deutschen Reichs mit einhundert Abbildungen und 45 Karten und Statistiken bis in die neueste Zeit darstellt. Beachtenswert ist die Tafel zur deutschen Literaturgeschichte vom Mittelalter bis zur Romantik. Statistische Tafeln unterrichten über Bevölkerung, Volkswirtschaft, Handel, Verkehr, Berufsverteilung, staatliche Fürsorge. Der deutschen Presse ist ein

Wer unsern Bund kauft, kauft sich selbst!
Für die Woche vom 30. Dezember 1929 bis 5. Januar 1930 ist der 1. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

befonders instruktiver Abschnitt gewidmet. Drei Karten und zwei Tafeln berichten über das Deutschtum im Ausland. Der sprachlich Interessierte findet reiches neuartiges Material. Artikel über Berufe mit Winken und Pflichten für die Berufswahl finden wir unter Diplomingenieur, Diplomatkaufmann, Dentist. Für den Kaufmann werden Artikel wie Devisen, Deflation, Deflation wichtig sein. Der Landwirt findet unter „Vassallage“ praktische Hinweise für die Befähigung dieser unangenehmen Erscheinung. Technische Artikel vereinigen allgemeinverständliche, knappe Darstellungsweise mit reicher Beilebung: Dampfmaschine, Dampfessel, Dampfmaschine, Dieselmotor. Für den Politiker und Gewerkschafter werden die knappen und klaren Angaben zahlreicher Artikel unentbehrlich sein: Dampfschiff, Christliche Gewerkschaften, Demokratie, Partei. Der Gartenfreund findet unter „Eranus“ und „Dahlia“ Anregungen und Belehrungen. Nicht vergessen seien die zahlreichen kleinen bunten Einlebebilder; erwähnt seien nur eine Landschaft von Claude Lorraine aus der Dresdner Gemäldegalerie, altsteinzeitliche Malereien aus Coglil, Correggios Gemälde „Jo, Dampfhammerwerk aus Steiermark, das die Marinische in Danzig und das Dünnschliffbild des Döhrts, das die bunten Kristalle dieses Gesteins in naturechten Farben aufleuchten läßt.

Freigeistigkeit Neben. Selbstbild für Geistesfreiheit, Leipzig C. I. Reiter Str. 32. Preis 1,20 Mk. Bei weltlichen Freiern wird man sich des Büchleins in guter Weise bedienen können.

Fachblatt für Holzarbeiter. Monatshefte für fachtechnische und kunstgewerbliche Fortbildung der Holzarbeitenden Berufe. Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk. Durch die Post oder direkt von der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin SO 16. Im Kolonialen Part 2, zu beziehen. Den größten Raum des Dezemberheftes nehmen ein Abhandlungen und Zeichnungen über fachliche und technische Fragen der Tischlerei. Jeder, der irgendwie mit der Tischlerei zu tun hat, sei es bei der Arbeit, im technischen Büro oder als Lehrer in der Fachschule, sollte das „Fachblatt für Holzarbeiter“ lesen.

Bericht über den 33. Deutschen Krankentag 1929 in Nürnberg. Verlagsgesellschaft deutscher Krankentage, Berlin-Charlottenburg J. Berliner Str. 137. Preis in Leinen gebunden 2,50 Mk. Der Bericht hat Bedeutung weit über den Kreis der unmittelbaren Beteiligten hinaus. Wer an der Entwicklung unserer Sozialpolitik, insbesondere der Krankenversicherung, interessiert ist, kann an diesem Bericht nicht vorbeigehen.

Die Strumpfindustrie in Chemnitz und im Chemnitzer Kreis. Eine historische Studie von Dr. Felix Jentsch, Chemnitz, Preis 4 Mk. In gutes Leinen gebunden 5 Mk. Verlag: „Felix-Verlag“, Berlin O 34. Die Chemnitzer Strumpfindustrie hat ihr geschichtliches Denkmäl erhalten. In lebendiger Schilderung läßt der Verfasser das Werden und Wachsen dieses Industriezweiges durch die verschiedenen Produktionsperioden vom primitiven Handwebstuhl bis zur modernen Cottonmaschine vor dem Leser Revue passieren. Ueberaus reichlich und klar gefaßt, informiert das Werk auf 206 Seiten in vier Abschnitten über eine Industrie, die in den letzten Jahren mit den anderen Zweigen der Wirkerei und Spinnerei zusammen rund 220 000 Arbeiter beschäftigte und mit dieser Beschäftigtenzahl innerhalb der deutschen Textilindustrie an zweiter Stelle steht. Das Werk hat Anspruch auf größte Beachtung, weil es im Gegensatz zu anderen auch des Arbeiters im Produktionsprozeß gedenkt. In ausführlicher Weise werden die sanitären, sozialen, ökonomischen und moralischen Verhältnisse der Arbeiter dieser Industrie beleuchtet. Mit einem instruktiven Literaturverzeichnis schließt das Werk.

Das Bauwerk!

Unsere Bundesmitglieder bestellen das Fachblatt nur bei ihrem Baugewerkschaftsvorstand oder bei den Kollegen, die beauftragt sind, Bestellungen einzusammeln. „Das Bauwerk“ erscheint monatlich. Für Bundesmitglieder beträgt das im voraus zu entrichtende Bezugsgeld vierteljährlich 1,50 Mark.

Werbt eifrig Bezieher!

Der deutsche Arbeitsmarkt. Von Wladimir Wontinski. Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik 1919 bis 1929. 1. Teil: Text und statistische Übersichten. 2. Teil: Graphische Darstellungen. 44 vom Text mehrfarbig. Preis 6 Mk. Verlagsanstalt des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 14, Inselstraße 6a, veröffentlichtes Buch bietet eine systematische Bearbeitung der vieljährigen Beobachtungen und Erhebungen der Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit und die Geschäftslage. Durch den Vergleich der Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik mit denen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird der hohe wissenschaftliche Wert der Beobachtungen der Verbände über den Arbeitsmarkt bewiesen. Der Schlussabschnitt des Textes bietet einen Rückblick auf die Schwankungen der Arbeitslosigkeit in der Vorkriegszeit. Der Text, die statistischen Tabellen und die auf losen Blättern klinierlich angeordneten graphischen Darstellungen gefassen jedem die Angaben zu finden, die ihm am nächsten liegen, ohne das Gesamtbild des Arbeitsmarktes außer Sicht zu lassen.

Soziale Bauwirtschaft. Bezugsgebühr monatlich 1,50 Mk., Gewerkschaftspreis 75 Pf., Einzelheft 90 Pf. Die Nummer 24 behandelt das zeitlichste Bestehen der Bauhütte Berlin, die nicht, wie andere soziale Baubetriebe aus einer Bauproduktionsgenossenschaft hervorgegangen, sondern als erste deutsche Baubühne von vornherein als Genossenschaft mit bestmöglicher Ausstattung gegründet wurde. Ihre Genossenschaftler sind der Verband sozialer Baubetriebe und die Wohnungsbauvereine der Stadt Berlin. In dem Heft wird ausführlich über die arbeitsfähige Arbeit und die gute Entwicklung der Bauhütte Berlin in diesem Zeitraum berichtet. Kurz und knapp schildert A. C. I. n g e r die Gründungsgeschichte, während der Geschäftsführer G. H. l e r e r eifernmäßig die Entwicklung der Bauhütte darstellt. Der einleitende Belegungsartikel von Walter A. f l o r sowie Beiträge von Felix P r e s t e, Hermann W e g e r und Otto S a n t e geben ein Bild von dem gemeinschaftlichen Geist der in der Bauhütte Tätigen. Weitere Schilderungen betreffen die Tätigkeit der Deutschen Bauhütte und der Baubetriebe Berlins. Von dem hohen Können der Bauhütte Berlin lassen sich die abgedruckten Innenraumzeichnungen als auch die rund 50 Abbildungen von Bauwerken, die von der Bauhütte ausgeführt wurden, Zeugnis ab.

Der Aufbau. Österreichische Monatshefte für Stellung und Städtebau. Sonderheft Internationaler Wohnungs- und Städtebau. Wien 1929. Ansgar-Verlag Brüder Gschikta, Wien XI, Favoritenstraße 57. Preis 1,50 Mk.

50-Jahre-Fest eines Buches. Im Jahre 1879 kam ein Buch heraus, das an aufstrebender Wirkung seinesgleichen suchte. Es war das bekannte Werk von August Bebel: „Die Frau und der Sozialismus“. Ungeheures Aufsehen erregte diese erste Aufforderung an die Frauen, sich freizumachen. In zahlreiche Sprachen wurde das Buch übersetzt, in deutsche Sprache erreichte es allein eine Auflage von fast zweihunderttausend; es wurde gedruckt, belächelt, widerlegt, als „unwissenschaftlich“ abgetan und ist doch heute noch lebendig und wird es bleiben, bis die Arbeiterklasse und mit ihr die Frau das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft erreicht haben wird. — Der Verlag J. S. W. Dieck in Berlin SW 68 bringt jetzt eine schön ausgestattete Jubiläumsausgabe (gebunden in Ganzleinen gebunden 7,50 Mk., Geschenkausgabe in Halbheft 10 Mk.) heraus, die Zeugnis davon ablegt, daß die Sozialdemokratie ihren Bebel nicht vergißt und nicht abläßt vom dem Kampf, in dem er sich für seine Partei opferte. Mit seinem Buch hat Bebel eine Saat ausgestreut, die auf guten Boden fiel und die fortgewirkt wird. Ein solches Buch gehört vor allem auch auf den Weihnachtstisch.

Die Gemeinde. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. S. W. Dieck Nachfolger, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Wer sich mit kommunalpolitischen und staatswirtschaftlichen Fragen befaßt, sollte nicht veräumen, diese Zeitschrift zu lesen. Jedes sozialistische Mitglied eines Gemeinde- oder Landesparlamentes, jeder sozialistische Arbeitstagesangehörige sollte unbedingt „Die Gemeinde“ lesen. Sie kostet monatlich 90 Pf. und ist durch alle Postanstalten und Buchhandlungen zu beziehen.

„Gewerkschafts-Archiv.“ Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Rasing. Verlag Karl Rasing, Verlagshandlung, Sena, St.-Johann-Str. 86. Vierteljahresabonnement 3,60 Mk.

Wassergesundheit. Monatschrift für Gesundheitspflege, Heilkunde, Reform und Freizeitsport. Herausgeber: Verband Wassergesundheit, Dresden-N. I. Schließbach 263. Preis im Vierteljahr 1,60 Mk., Einzelheft 60 Pf.

Elmshorn.

Generalversammlung der Maurerkrankenkasse am Sonntag, dem 9. Februar 1930, nachmittags 3 Uhr, bei Gleisenstein. Tagesordnung: 1. Jahresabrechnung, 2. Vorstandswahl.

Baugewerkschaft Elmshorn.

Generalversammlung unserer Baugewerkschaft am Sonntag, dem 9. Februar 1930, nachmittags 4 Uhr, bei Gleisenstein. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes, 2. Vorstandswahl.

Baugewerkschaft Rüssingen-Wilhelmshaven.

Das Büro unserer Baugewerkschaft befindet sich nunmehr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9/10, Bordumstraße.

Baugewerkschaft Lorzau. Unser Büro befindet sich nunmehr in Lorzau, Leipziger Straße 48. Alle Aufschriften sind bitte nach dort zu richten.

Otto Braun, Maurer, geboren in Borsbeim am 29. November 1910, Budnummer 848 856, wird von seinen Eltern gefucht; sein letzter Aufenthalt war Eifenach. Angaben über seinen Aufenthalt erbeten an die Baugewerkschaft Borsbeim, Rehnthofstr. 1.

Ernst Pries, Maurer, geboren 12. Mai 1905 in Borsbeim/Sannover, Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden gebeten, ihn mitzutellen der Mutter in Borsbeim/Sannover, Friedrichstraße 15.

Ehrenerklärung. Die von uns in Uebereinstimmung und Unkenntnis ausgestellten Beleidigungen gegen die Kollegen Arbin Meyer, Erfurt, und Ernst Müller, Sena, nehmen wir mit dem größten Bedauern zurück.
Ernst Büchel, A. Reineutersdorf.
Otto Buchardt, Borsbeim.

Gedentafel verstorbener Mitglieder.

- Brandenburg. **Willi Dals,** Hilfsarbeiter, 28 Jahre. (Lehnhin.) **Karl Leder,** Ofenseher, 37 Jahre alt.
- Bunzlau. **Arno Oelschlaegel,** Maurer, 56 Jahre.
- Dresden. (Pillnitz.) **Josef Ludwig,** Hilfsarb., 48 J. (Wahnsdorf.) **Hermann Ringel,** Maurer, 70 Jahre.
- Frankfurt a. M. (Langendiebach.) **Joh. Kress,** M., 63 J.
- Gera. **Paul Vogel,** Maurer, 39 Jahre alt.
- Großenhain. (Gröbzig.) **Willi Kluncker,** M., 23 J.
- August Thleme, Hilfsarbeiter, 71 Jahre alt.
- Hamburg. **Franz Aulerich,** Rammer, 75 Jahre alt.
- Joh. Boye,** Stukkateur, 83 Jahre alt.
- Alb. Buttgerit,** Maurer, 74 Jahre alt.
- Otto Fenske,** Maurer, 74 Jahre alt.
- Aug. Grabbert,** Maurer, 73 Jahre alt.
- Chr. Hacker,** Steinträger, 52 Jahre alt.
- W. Kern,** Stukkateur, 56 Jahre alt.
- Joh. Höpfer,** Hilfsarbeiter, 33 Jahre alt.
- C. Krüger,** Maurer, 78 Jahre alt.
- Chr. Müller,** Maurer, 72 Jahre alt.
- Max Patzke,** Betonarbeiter, 40 Jahre alt.
- Friedr. Radow,** Maurer, 72 Jahre alt.
- Hinr. Remcken,** Maurer, 55 Jahre alt.
- Wilh. Sebastiani,** Maurer, 66 Jahre alt.
- Jak. Semmelhack,** Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt.
- Joh. Stapelfeldt,** Hilfsarbeiter, 64 Jahre alt.
- Albert Wiese,** Maurerpolier, 60 Jahre alt.
- Karl Wilhelm,** Betonarbeiter, 68 Jahre alt.
- Hildesheim. **Friedr. Edom,** Hilfsarbeiter, 47 Jahre. (Gehlem.) **Conr. Schaper,** Maurer, 70 Jahre alt.
- Jahndt. **Albert Beese,** Maurer, 67 Jahre alt.
- Karlsruhe. (Forbach.) **Joh. Kneisler,** Hilfsarb., 27 J.
- Landenberg a. d. Wartze. **Wilh. Adam,** Maurer, 21 J.
- Leipzig. **Oswald Arndt,** Maurer, 39 Jahre alt.
- Lüneburg. **Heinrich Hartmann,** Maurer, 67 Jahre.
- Münden. (Nymphenburg.) **Gg. Breitenwieser,** M., 57 J. (Schwabing-Pl.) **Sebastian Forster,** Einjähriger, 66 J. (Lehel.) **Johann Mayer,** Maurerpolier, 63 Jahre.

Ehre ihrem Andenken!

Verlag: Deutscher Bauwerksbund (Ritofaus Bernhardt). Schriftleiter: Arthur Schmit. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW 11. Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin SW 68.

Bauhandwerker!
Dreidrahtledh. 13 M.,
Zweidrahtledh. 9 M.,
u. 6,50 Mk. Maurerbl.
5 Mk. Isländ. Schwer.
13 Mk. Preisl. u. Must.
grat. Emil Hohlfeldt,
Breslau, Ritterstr. 2-4.

Größt. Ausw. i. Musikinstr.
zu herabges. Preisen

Wolf & Comp. Klängezithel
No. 24, Nr. 108
Gr. Kat. ums. v. 10 Mk. an
prfr. Schallplatt. 1,60 Mk.

Honig billiger!
10-Pfd.-Postd. gar. naturr. echt. Bien.-Bilt-
Scheuderhonig, ohne Zuckerfüllt, 8,20 Mk.
Porto extra. Honigcentrale „Nordmark“,
Pinneberg 28. Viel. lob. Anerk. Gar. Rückn.

Betten aus dlichem Bett-Inlett!

Oberbett mit 7 Pfund	15,85	19,70	23,75
Unterbett mit 2 Pfund	14,90	18,20	22,50
1 Kissen mit 2 1/2 Pfund	4,50	5,90	6,90
Vollständiges Bett	35,—	43,—	53,—
Bettfedern	1,25	1,90	2,40
Halbdaunen	3,—	4,50	5,50
Daunen	8,50	10,50	12,50

Preislist. grat. Umtausch od. Geld zur. Viele
Dankschr. Nachnahmevers. Bettenfabrik
H. Möller, Kassel 43, Münchebergstr. 8 1/2.

Realiste Bezugsquelle!
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft mit Daunen, dopp.
gereinigt, Pfd. 3,— (dies beste Qualität)
3,50, nur kleine Federn (Halbdaunen) 5,—,
3/4 Daunen 6,75, gereinigte, geriss. Federn
mit Daunen 4,— u. 5,—, hochfeine, prima
5,75, allerfeinste 7,50. 1 Laivolldaunen 9,—
u. 10,50. Für reelle, staubfr. Ware Garant.
Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei.
Nichtigst. nehme auf meine Kost zurück.
Willy Mantuffel, Gänsemaß,
Gegr. 1852, Neutrebbin 5 b (Oderbr.).

EISU- Stuhl- Betten
Schlafzimmer, Kinderbetten, Polster,
Stahlmatratz., Chaisel. a. Private. Katalog.
Katal. fr. Eisenmöbel-Fabrik Suhl (Thür.).

1500 Sprechmaschinen
Ausnahme-Verkauf
direkt 10 Prozent
Goldklang-Schallplatten
zu jeder Sprechmaschine
Auch Violinen, Mandolinen,
Gitarrren zu rückzahlbaren
Herabgesetzten Preisen

48,- u. 34,- Schuba-Gundlach-Musikstr.

Verlangen Sie sofort reichhaltigen
Katalog Nr. 8.
Teillzahlung gestattet.

Saubstagen
NOLZ
WERKZEUGE
VORLAGEN
KAT. GRATIS
J. BRENDL

Mutterstadt 37 Pfalz.

fortführl
auf Zeitgelingen!
Foto, Strichzeichnungen,
Karte, Skizzen, Pläne,
Bilder, Zeichnungen, etc.
Saubstagen, etc.
Saubstagen, etc.
Saubstagen, etc.

Wilhelm Pahr
letzt:
Berlin, Brunnenstraße 78.
Lest „Das Bauwerk“

Radio-Anoden fabrikfrisch mit
lang. Lebensdauer,
90 V. 5,50, 100 V. 5,90,
Radio-Netz-Anlagen, kompl. mit
gut. Lautspr. 118,—, Vers. geg. Nachn.
Ueberland-Radio Hoxter,
Berlin, Weinbergsweg 24.

Nicht immer sind sie wohlschmeckend . . .

unser Philippburger Serbaria-Kräutertee! Mitunter enthalten die verwendeten Kräuter, Wurzeln, Blätter usw. Bitterstoffe, Säuren, Salze und andere Stoffe, die wohl sehr wertvoll und heilsam sind, aber nicht angenehm schmecken. Das ist freilich nur ein geringer Nachteil im Vergleich zur großen Heilwirkung der Philippburger Serbaria-Kräutertees. Immerhin lassen sich aber doch manche Kranken dadurch davon abhalten, durch Serbaria-Tees eine Genesung herbeizuführen.

Wir haben deshalb eine neue Verbrauchsform geschaffen. Die Serbaria-Kräutertees-Mischungen werden staubfein pulverisiert und in kleine Oblatenkapseln abgefüllt, die jedermann mühelos auflösen vermag. Durch die Oblatenkapseln wird jeder unangenehme Geschmack ausgeschaltet. Erst im Magen löst sich die Kapsel auf, und das enthaltene Kräuterpulver kann seine Wirkung voll entfalten.

Philippburger Serbaria-Kräuterpulver-Kapseln brauchen nicht erst zubereitet zu werden wie Kräutertees und sind angenehmer zu

nehmen als loses Kräuterpulver. Wenn letzteres nicht vorher in Wasser oder Milch angerührt wird, stäubt es unangenehm und schmeckt natürlich ebenfalls manchmal nicht angenehm, bietet also eher Nachteil als Vorteil gegenüber dem Tee. Auch Kräuteraufbereitungen in Tablettenform sind oft von einem unangenehmen Geschmack begleitet. Die zweifelslos beste Verbrauchsform sind deshalb die Kräuterpulver-Kapseln.

Philippburger Serbaria-Kräuterpulver-Kapseln kann man unauffällig händig bei sich tragen und am beliebigen Ort, sei es auf der Reise, im Büro oder in der Fabrik unbemerkt zu sich nehmen. Sie sind in einer großen Anzahl Spezialforten erhältlich, die jeweils in ihrer Zusammenfassung besonders auf ein bestimmtes Leiden abgestimmt und ganz außerordentlich wirksam und heilkräftig sind.

Diese ganz wesentlichen Vorteile der Philippburger Serbaria-Kräuterpulver-Kapseln sollten jedem Leidenden Beachtung sein.

einmal einen Versuch zu machen! Sie werden gegen folgende Leiden hergestellt:

- Nr. 2 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 4 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 6 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 12 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 14 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 19 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 23 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 29 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 31 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 40 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 44 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 49 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 52 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 64 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 66 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 68 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 70 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 80 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 82 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 94 geg. Stuhlvorstoßung
- Nr. 98 geg. Stuhlvorstoßung

Originalpackung mit 60 Kapseln 5 RM. Ausführliche Prospektlisten kostenlos. **Meinig, Hersteller: Serbaria-Kräuterparadies, Philippburg KK 306/3ad.**

10 000 Dankschreiben über **Bettfedern**

für gute u. billige Betten: 1 Pfd. graue 1,- u. 1,50, halbp. 2,50 u. 3,-, weiß. Flaumrumpf 3,80, 4,50, Spezial 5,-, weißer Brustflaum 8,-, 10,-, Neue Oberbetten 16,-, 27,-, 34,-, Riffen 4,50, 8,50, Unterbetten 17,-, 22,-, Kissen und Preisliste umsonst. Von 9 Pfund an franko, gegen Nachnahme. Nichtpostbares Geld zurück. Josef Ehrhardt Nachf., Cham B. W. 469.

Billige böhm. Bettfedern!

1 Pfund graue, gute, geschlossene 80 Pf., 1 Mk., halbweiße 1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße, flaumige, geschliss. 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste, geschliss. Halbflaum-Herrschaffsfedern 4,-, 5,-, 6,- Mk. 1 Pfund Ruffedern, ungeschliss. mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75, weiße 2,40, 3,- Mk., allerfeinstes Flaumruff 3,50 Mk., 4,50 Mk. Versand zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Muster und Preisl. gratis. S. Benisch in Prag XII, Amerika ul. Nr. 26/33, Böhmen.

Auch Sie

müssen an den Aufbau einer sicheren Stellung denken. Hierzu verhelfen Ihnen neben Ihrem Beruf die Selbstunterrichtsbriele des Systems Karnack-Hachfeld: Bautechniker, Wasser- und Brückenbautechniker, Zimmer-, Maurer-, Baugewerksmeister, Polier-, Architekturzeichner, Straßenbautechniker, Kultur- und Wiesenbautechniker; Technisch gebildeter Kaufmann der Baubranche. — Ferner Vorbereitung zu technischen Prüfungen in Elektrotechnik, Maschinenbau, Installation, Weberei, Handwerk. — Ohne Schule Vorbereitung zu Schulprüfungen (Obersekundareife, Abiturienten-Examen) durch die Selbstunterrichtsbriele der Methode Rustin. **Bequeme Monatszahlungen.** Berufsberatung. Prospekt kostenlos. Lehrproben unverbindlich. **Rustisches Lehrinstitut Potsdam B. 7.**

Berufs- u. Sportbekleidung

Werkzeuge, Teakholz-Wasserwaagen „Teakin“, Schlapphüte, Isländer, Orig. Berliner Stukkateuranzüge. Preisliste gratis. **Mechanische Kleiderfabrik Versandhaus Fritz Ulrich Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60.**

Neu eingetroffen!

la Isländer

Verlangen Sie Preisl. frei An Plätzen, wo nicht vertreten, Versand ab Bielefeld. **Louis Mosberg, Bielefeld.**

Wenn Schmerzen

Logal Tabletten

Logal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten.** Laut notarieller Bestätigung anerkannter über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Logal. Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apoth. 1,40 RM., 0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Musikinstrumente

zu denkbar niedrigsten Preisen direkt an Private Hauptkatalog portofrei. Teilzahlung gestattet. **Herold & Co., Klingenthal i. Sa. Nr. 66.**

laKlöppelspitz. u. 3000 andere Artikel. Liste Nr. 77 fr. u. fr. **A. & S. Schneider, München 15, Lindwurmstr. 125.**

Lieder des schaffenden Volkes

vom Deutschen Arbeiter-Sängerbund gesungen, hören Sie nur auf der Homocord-Elektro-Platte, die diesen Gesang in natürlicher Reinheit und Tonfülle wiedergibt. Bestellnummer 4-2293: „Empor zum Licht“ G. Ad. Uthmann (Dirig. Musikdirektor P. A. Joseph, Konzertorgel-Begleitung) Bestellnummer 4-2349: „Brüder zur Sonne“ Hermann Scherchen (Dirig. Walter Hänel)

Bezugsquellen weisen nach:

Homophon-Company G.M.B.H. Berlin SW68 Alexandrinenstr. 108

Verlangen Sie kostenlos Spezialprospekt.

Webwaren gratis!

Wir führen: Hemdentuche, Nessel, Damaste, Handtücher, Tisch-Bett- u. Fröhrerwäsche, Taschentücher, Schürzen, Berufskleidung, Kleiderstoffe, Strümpfe, Damen- u. Herrenwäsche, Trikotasen, Bettfedern, Inletts, Betten, Bettstellen, Stepp- u. Schlafdecken, Gardinen u. s. w.

Wir garantieren: Gefällt unsere Ware nicht, oder glauben Sie nicht billiger als anderweitig gekauft zu haben, so zahlen wir den vollen Betrag zurück.

3 Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:

Nr. 7259 Schlafdecke, 110x110 cm. ~~Preis 3,95~~ Jetzt p. Stück 2,95
 Nr. 7555 Hemden-Köper, ungebleicht, einseitig gerauht 70 cm p. metr. M. - 39
 Nr. 7577 Hemden-Köper, gebleicht, einseitig gerauht 72 cm - M. - 58

Sigurd Gesellschaft, Kassel. 368
 Mechanische Weberei u. Großversand.

Ziehung 1. Klasse 23. und 24. Januar 1930
Eilt, da Lose bald vergriffen!

373. Hamburger Staats-Lotterie

Diese Lotterie ist auch in Preußen, Thüringen und Braunschweig genehmigt

Ich verweise auf die bedeutende Verbesserung des Gewinnplanes und auf die große Zahl hoher Treffer bei geringer Losanzahl. Es gelangen

10 Millionen 065 190 Reichsmark

zur Verlosung. Von **90 000** Losen werden in 6 Klassen **35 952** mit Gewinnen gezogen, ferner 7 große Prämien

Auf 2 1/2 Lose ein Gewinn. — Gewinne sind einkommensteuerfrei. — Der größte Gewinn beträgt im glücklichsten Falle

Siebenhundertfünzigtausend

(3/4 Millionen Reichsmark)

Höchstgewinne evtl. RM. **650 000, 640 000, 630 000, 620 000, 610 000, 600 000,**
 Prämien u. Gewinne à RM. **300 000, 250 000, 200 000, 100 000, 90 000, 80 000, 70 000,**
 2 à **60 000, 50 000, 45 000,** viele à **40 000, 35 000, 30 000, 25 000, 20 000** usw.

Der amtlich festgesetzte Preis beträgt für jede Klasse:

1/8 Los RM. 3,50	1/4 Los RM. 7,—	1/2 Los RM. 14,—	1/1 Los RM. 28,—	Porto und Liste 35 Pfennig extra
------------------	-----------------	------------------	------------------	----------------------------------

Die Ziehung 1. Klasse beginnt am **23. Januar 1930.** — Aufträge umgehend erbeten. — Amtlicher Plan gratis.

Philipp Fürst, Hauptkollekte, Hamburg, Gr. Bleichen 82 d

Bestellbrief, hier abtrennen!

An die Hauptkollekte **PHILIPP FÜRST in Hamburg 36, Große Bleichen 82 d.** — Postscheckkonto Hamburg 9890.

Ersuche um Zusendung von

..... ganzen Original-Los	à Mk. 28,—	} Porto und Gewinnliste 35 Pf. extra.	Adresse des Bestellers (gefl. recht deutlich schreiben):
..... halben „	„ 14,—		Name:
..... viertel „	„ 7,—		Wohnort:
..... achtel „	„ 3,50		Adresse:

Betrag erhalten Sie beifolgend per Einschreiben — per Postanweisung — Zahlkarte — ist durch Nachnahme zu erheben. (Nichtzutreff. bitte zu durchstreichen.) GSt.